Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 282 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Montag, den 8. Dezember 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 25 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 75 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Das drohende Ultimatum.

Halle, den 8. Dezember 1919.

In der Tat: Das deutsche Volk hat sich allmählich ein dickes Fell angeschafft. Im Juni dieses Jahres begegnete dass angekündigte Ultimatum der Entente einer wilderregten Volksstimmung. Heute ist es anders. Man zuckt die Achseln und fragt: „Was kann uns eigentlich noch geschehen?“

Wird das neue Ultimatum zur Wirklichkeit (nach den letzten Meldungen wird ein direkter Befehl daraus, der gar keine Antwort heischt), dann wird die Regierung mit vollkommener Ruhe zu entscheiden haben,

woher das größere Uebel droht:

von der Bewilligung der neuen Ententeforderungen und der Unterzeichnung neuer unsinniger und unanständiger Protokolle oder von einem Vorrücken der feindlichen Besatzungstruppen.

Die Entente verlangt von uns, daß wir ihr zum Ersatz für die in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe die Gerätschaften und Maschinen ausliefern, die wir brauchen, um unsere Häfen vor dem Versanden zu bewahren und die Schiffahrt aufrechtzuerhalten. Sie verlangt Auflösung oder Einschränkung der Einwohnerwehren. Sie verlangt die Unterzeichnung von Zusatzprotokollen, in denen wir als reuige Sünder erklären, daß wir die Waffenstillstandsbedingungen nicht eingehalten haben. Sie verlangt, daß wir ihr das Recht zugestehen, gegen uns militärisch vorzugehen, ohne daß wir das Recht haben, uns dagegen zu wehren, sie verlangt ausdrücklich dieses Recht, obgleich sie weiß, daß uns die Macht, uns zu wehren, fehlt. Sie verlangt schließlich, daß wir allen Abänderungen des Versailler Vertrages zustimmen, die in ihrem Interesse durch das Fernbleiben Amerikas notwendig werden.

An der Spitze dieser Treibereien steht Frankreich, dessen Präsident, Herr Poincaré, soeben im „Eclair“ von dem früheren Ministerpräsidenten, Herrn Caillaux, beschuldigt wird,

vorsätzlich auf den Weltkrieg hingearbeitet zu haben.

Undurchsichtig ist die Haltung Englands. Amerika hält sich beiseite. Von den beiden anderen alliierten und assoziierten Hauptmächten, die im Obersten Rat der Entente sitzen, Italien und Japan, nimmt kein Mensch an, daß sie besondere Lust verspüren, Deutschland gegenüber auf die Dauer die Rolle von Schinderknechten zu spielen. Die Entente ist heute schon durch und durch morsch, daran ist gar kein Zweifel. Aber damit ist uns nicht geholfen, denn heute ist Frankreich schon allein Deutschland gewaltig überlegen, und erst recht, wenn es auf Englands Unterstützung weiter rechnen kann.

In Frankreich klappt die nationalistische Regie noch immer tadellos. Die ganze Presse ist darin einig, daß man weiter nach Deutschland hineinmarschieren müsse, wenn die deutsche Regierung nicht ausliefert, was man von ihr verlangt, und nicht unterschreibt, was man ihr vorlegt. Die französischen Sozialisten sind bekanntlich sehr begeistert für die Forderung, daß Deutschland zur vollständigen Abrüstung gezwungen werden müsse, der Kampf gegen den gänzlich heruntergekommenen deutschen Militarismus scheint ihnen noch immer wichtiger als der Kampf gegen den in seinem Fett blühenden französischen. Dieses Kunststück bewirkt zu haben,

können sich die deutschen Unabhängigen rühmen.

Indem sie das hoffnungslos geschlagene Deutschland dem Ausland als noch immer gefährlich militaristisch denunzieren, sorgen sie dafür, daß das deutsche Volk auch weiter noch ohne Freunde in der Welt bleibt, und den französischen Sozialisten geben sie damit die bequemste Gelegenheit, ihre Wünsche mit denen der französischen Nationalisten zu vereinigen.

Während die Entente zerbröckelt, haben wir das nationalistische Frankreich geschlossen gegen uns. Ihm in den Arm zu fallen, zeigen weder die französischen Sozialisten, noch die Ententegenossen, für wie unsinnig sie insgeheim die Politik Frankreichs auch halten mögen, nicht die geringste Neigung. Das ist, ohne alle Schönfärberei, die augenblickliche Weltlage.

Dieser Stand der Dinge kann nicht überraschen. Der Friedensvertrag von Versailles kann gar nicht anderes sein als eine Quelle immer neuer internationaler Krisen. Er ist moralisch und materiell auf Lügen aufgebaut, moralisch, weil er dem deutschen Volke ganz allein alle Schuld an dem Weltunheil aufladet, materiell, weil er eine unbegrenzte Leistungsfähigkeit Deutschlands voraussetzt, die nicht vorhanden ist. Der Versuch, diesen Friedensvertrag auszuführen, kann daher gar nichts anderes sein als ein Taumel von einer Krise in die andere. Zum zweitenmal in diesem Jahre zwingt die Entente Deutschland

mit vorgehaltenem Revolver

die Feder in die Hand. Solche Situationen werden sich noch öfter wiederholen, es liegt nicht in der Macht einer deutschen Regierung, und sei sie auch aus lauter Lämmern zusammengesetzt, das zu verhindern.

Die Entente kann mit Gewalt Unterschriften erzwingen, sie kann die Auslieferung alles dessen erzwingen, was Deutschland braucht, um seine notdürftigste Existenz aufrechtzuerhalten. Sie kann unstreitig Deutschland ganz zugrunde richten, sie hat die Macht dazu. Aber aus einem zugrundegerichteten Deutschland das herausholen, was zum Wiederaufbau der Welt notwendig ist, das kann sie nicht, das kann kein Hexenmeister.

Die Entente wird, solange sie von demselben Geiste besäht ist wie bisher, für alle Fehler, die sie selbst begeht, das deutsche Volk verantwortlich machen. Das geht, solange es geht, noch zeigt sich nirgends ein Ausweg. Aber eines Tages muß diese Ultimatumpolitik doch an ihrer inneren Unmöglichkeit zugrunde gehen.

Das Inkrafttreten des Friedens.

Paris, 6. Dez. (Havas.) Hinsichtlich des Austausches der Ratifikationsurkunde und Inkraftsetzung des Friedensvertrages am 1. Dezember wird u. a. erklärt die Einigkeit der Alliierten betont. Wir glauben mitteilen zu können, daß die Note in einem energischen Ton gehalten ist und daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Das Inkrafttreten des Friedensvertrages wird die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen. Die durch die Versenkung der Schiffe in Scapa Flow geforderten Kompensationen werden in einer besonderen Note beantwortet werden. Die deutsche Regierung wird nachdrücklich aufgefordert, das Protokoll über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages zu unterzeichnen, sonst werde der Oberste Rat genötigt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen. Die Note wird von Dutasta Freiherrn von Lersner persönlich übergeben.

Kein Ultimatum — ein direkter Befehl.

Paris, 6. Dez. Nach der heutigen Sitzung des Fünferrats traten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der sie den Text der Antwort auf die Mitteilung festgesetzt haben, die Freiherr von Lersner am vergangenen Montag inbetreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta gemacht hat. Der Beratung wohnten heute weder Marschall Foch, noch Marschall Wilson bei. Wie der „Temps“ sagt, handele es sich nicht um ein Ultimatum, wie der „Intransigeant“ feststellt, sondern um einen ausdrücklichen Befehl.

Die Entente erkennt die deutsche Verfassung an.

WTB. Köln, 7. Dez. (Drahtnachricht.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wiesbaden telegraphiert: Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die alliierten Regierungen die deutsche Verfassung als gültig anerkannt haben. Die deutsche Verfassung ist demnach auch im besetzten Gebiet als anwendbar zu betrachten. Die Verfügung vom 25. August, die die Vereidigung der deutschen Beamten auf die Verfassung untersagt, ist außer Kraft gesetzt.

Militärrevolution in Rumänien.

WTB. Budapest, 6. Dez. (Ung. Korr.-Büro.) „Magyar Kurier“ berichtet aus Klausenburg, daß in dem von den Rumänen besetzten Teile Siebenbürgens seit Tagen eine revolutionäre Stimmung sei. Am 30. November war Klausenburg der Schauplatz blutiger Ereignisse. Das revolutionäre Militär, von dem ein großer Teil sich aus siebenbürgischen Rumänen rekrutiert, hatte aus dem Pulverturm und der Zitadelle große Mengen Munition geraubt und griff das Armee-Oberkommando an. Die reichsrumänischen Soldaten gaben eine Salve ab. Es kam zu einem heftigen Straßenkampfe, der auf beiden Seiten mehrere Opfer forderte. Noch in derselben Nacht bildete sich in Klausenburg ein revolutionärer Soldatenrat, dessen Leiter Oberleutnant Virgin Salven sei. In Klausenburg allein wurden 1200 siebenbürgische Rumänen wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet. Auch in Deva sei starke bolschewistische Stimmung. Der Ausbruch einer allgemeinen Revolution sei eine Frage von Stunden.

Der unabhängige Verkleisterungsparteitag.

Der unabhängige Parteitag in Leipzig hat einstimmig ein Aktionsprogramm angenommen, das von einer Redaktionskommission vorberaten war. Diese Kommission setzte sich zu etwa zwei Dritteln aus Vertretern der Linken, zu einem Drittel aus Vertretern der Rechten zusammen. Das Programm selbst enthält daher auch für die Rechte nur so viel Konzessionen, daß sie es gerade noch schlucken zu können glaubte.

Das Programm weist als Ziel die soziale Demokratie und als Weg die Diktatur des Proletariats. Es bekennt sich zum Rätesystem, aber auch zu parlamentarischen Kampfmitteln und predigt die „Aktion der Masse“ unter Verwerfung eines gewaltsamen Vorgehens einzelner Gruppen oder Personen. Es wird nicht ausdrücklich gesagt, daß die Diktatur des Proletariats auf den Trümmern der bestehenden Demokratie zu errichten ist, doch läßt der Wortlaut in dieser Richtung jede Deutung zu. Von den Teilnehmern des Parteitages hatte keiner den Mut, zu erklären, daß der Sieg der Arbeiterklasse nur auf dem friedlichen Wege der Demokratie gewonnen werden könne, obwohl zweifellos ein Teil von ihnen auf diesem Standpunkt steht.

Zwischen der Sozialdemokratie und der Partei der Unabhängigen ist damit klar der Gegensatz gegeben, daß sich die erste unbedingt für die Auskämpfung des Klassenkampfes durch allgemeine Volkswahlen und Volksabstimmungen erklärt, während die zweite das nicht tut, sondern mit der gewaltsamen Eroberung der Macht durch eine Minderheit wenigstens kokettiert. Die Sozialdemokratie wird aber nie dafür zu haben sein, daß man sich gewaltsam über den erklärten Willen des Volkes hinwegsetzt, sondern sie wird solchen Versuchen gegenüber fest zur demokratischen Republik stehen. Daraus ergibt sich der grundsätzliche Gegensatz und auch die Möglichkeit künftiger schwerer Konflikte.

Zur Frage der Internationale lagen dem Parteitag drei Resolutionen vor. Die von Hilferding vorgelegte will den Anschluß an die zweite Internationale nicht aufgeben, will dieselbe vielmehr zu der Grundlage machen, von der aus man die übrige sozialistische Welt revolutionieren will. Die Stöckersche Resolution zeigt den Weg nach Moskau und als dritter tritt Ledebour auf, der zwischen Moskau und Genf hin- und herpendelt.

Damit wird die in der Unabhängigen Partei bestehende Unklarheit in vollem Umfange aufrechterhalten. Ledebour will die zweite Internationale nicht wieder „aufwärmen“ und auch nicht nach Moskau gehen, allwo man ganze Kübel von Unrat auf Kautsky ausleert. Ledebour fordert eine gemeinsame Konferenz aller zur Räteorganisation und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden sozialistischen Organe einschließlich der kommunistischen Internationale. Auf dieser Konferenz fordert er für die Unabhängige Partei volle Gleichberechtigung und meint, daß dies die einzige Haltung sei, „die sich mit der Ehre (!) der Partei verträgt“.

Hie Genf, hie Moskau! So lautet das Feldgeschrei der streitenden Parteien. Dazwischen hält Ledebour, faßt die beiden Gegensätze zusammen und läßt aus ihnen etwas Höheres und Besseres entstehen. Er gründet, indem er sich zwischen zwei Stühle setzt, eine vierte Internationale und wirft dadurch in die noch einigen sozialistischen Parteien der Internationale eine Sprengpatrone und schwächt so die Aktionsfähigkeit der internationalen Arbeiterschaft aufs neue.

Die stolze Losung: Keine Kompromisse, die man vor dem Parteitage las, hat man schnell begraben, man hat gekuhhandelt und schließlich nach langen geheimen Sitzungen die Resolution Ledebour umgemodelt, eine neue (Vorstandsresolution) geschaffen, die im wesentlichen die Ledebourische Pendelei mit radikaleren Tönen ist und hat sie mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen. Damit ist die „Einigkeit“ der U. S. P. wenigstens nach außen gewahrt. Die Unklarheit in der Stellungnahme zur Internationale wird weiter bestehen und die Zerrissenheit innerhalb der sozialistischen Internationale vergrößert werden.

Unabhängige Bilanzverschleierungen.

Auf dem unabhängigen Parteitag in Leipzig erstattete der Parteisekretär Dittmann den Geschäftsbericht der Parteileitung. Er berichtete, daß sich der Mitgliederstand in der Zeit vom März dieses Jahres bis jetzt von 300 000 auf ¾ Millionen erhöht habe. Im weiteren Verlaufe seines Berichtes gab er die Ziffern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0001

der Parteikasse bekannt. Danach betrug die Summe der Einnahmen seit März 246 000 Mark, die Einnahmen aus den Pflichtbeiträgen 148 700 Mark.

Hier stimmt irgendetwas nicht! Da wir nicht annehmen, daß Dittmann mit falschen Ziffern im Kassenbericht arbeitet, so vermuten wir, daß er aus Agitationsrücksichten die Mitgliederzahl etwas zu sehr nach oben abgerundet hat. Nehmen wir eine Mitgliederzahl von 800 000 an und runden wir die Einnahmen aus den Pflichtbeiträgen auf 150 000 ab, so ergibt sich folgendes Resultat: Der Mitgliederbeitrag in der Unabhängigen Partei beträgt pro Kopf in einem halben Jahre —,50 Mk. (in Worten fünfzig Pfennige).

Wir müssen offen und ehrlich eingestehen, daß wir hier nicht mitkönnen. In unserer Partei werden Beiträge bis zu 1 Mark gezahlt. Sollten etwa die Erfolge der Unabhängigen Partei in Berlin und im übrigen Deutschland auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß man, wie unsere nach dem offiziellen Geschäftsbericht angestellte Rechnung ergibt, nur 8⅓ Pfennig Monatsbeitrag erhebe?

Aber Spaß beiseite! Die Unabhängige Partei erhebt von ihren Mitgliedern einen weit höheren als den errechneten Beitrag und dazu noch sehr umfangreiche Extrabeiträge. Wenn der Beitrag pro Monat nur 50 Pfennige betragen und die Mitgliederzahl sich ständig in der Höhe vom März bewegt haben würde, also 300 000 betrüge, so würde das in einem Monat eine Einnahme an Pflichtbeiträgen von 150 000 Mark oder in einem halben Jahre 900 000 Mark bedeuten. Nun hat sich aber die Mitgliederzahl nach dem Bericht Dittmanns auf 750 000 erhöht. Die Beiträge sind auch höher wie der von uns in Rechnung gestellte und trotzdem nur eine Gesamteinnahme von 246 000 Mark und ganze 148 700 Mark an Pflichtbeiträgen. Das kann unmöglich stimmen!

In Anbetracht dieser dunklen und zumindest recht unklaren Berichterstattung, die nur auf die Wirkung nach außen zugeschnitten ist, empfehlen wir dem unabhängigen Parteitag unverzüglich oder auch nachträglich einen „Betriebsrat" einzusetzen, dem das Recht der Bilanzeinsicht zusteht. Weder die Partei, noch die Oeffentlichkeit können diese Zahlen des offiziellen Parteiberichts als bare Münze hinnehmen. Wo liegt der Fehler?

U. A. w. g.

Wien und die Unabhängigen.

Die Solidarität war bisher die schönste Tugend der Arbeiterklasse. Gerade die radikalen Kreise der deutschen Arbeiter sind es, die aller Augenblicke an die Solidarität appellieren. Um so mehr mußte die Stellungnahme der unabhängigen Presse zu dem bekannten Kreditabkommen zwischen den deutschen und skandinavischen Gewerkschaften zum Zwecke der Hilfeleistungen für die deutschen Arbeiter befremden. Auch bei der Beschlußfassung in der Nationalversammlung über die Hilfe an Wien verhielten sich die Unabhängigen ablehnend gegenüber dem Antrag 50 Gramm pro Brotmarke und Woche zugunsten Oesterreichs abzuführen.

Die Leipziger „Volkszeitung" nimmt nun zu der eigentlichen Hilfsaktion deutlich Stellung. Man kann sich bei noch so objektiver Würdigung der angeführten Gründe eines äußerst beschämenden Gefühls nicht verwehren. Wohl erkennt das Blatt die Notlage an, in der sich die Wiener Bevölkerung befindet, aber eine Hilfeleistung lehnt es ab. Und dann kommt die gewohnte Attacke gegen die Mehrheitssozialisten, auch die österreichischen Genossen und der Staatskanzler Oesterreichs, Genosse Renner, bekommen eins ab. Das Ergebnis der „tiefgründigen" Betrachtungen ist:

Also, die Renner und Ebert im Verein mit den Agrariern und der Entente sind schuld an dem traurigen Elend der österreichischen, insbesondere der Wiener Bevölkerung und darum helfen wir nicht, und wenn sie alle verhungern. So steht die internationale Solidarität in den Köpfen der Leipziger „Volkszeitung"-Redakteure aus.

Aber was die Unabhängigen bezwecken, das geht deutlich aus dem letzten Satz des angeführten Zitats hervor. Sie sind unzufrieden mit den Wiener Arbeitern, weil sie so ruhig ihr Schicksal tragen und nicht zur so viel gepriesenen Selbsthilfe greifen. Unsere Unabhängigen würden es anders machen, sie würden, wenn die deutschen Arbeiter vor dem Verhungern stünden, Schluß machen mit der kapitalistischen Wirtschaft und sich selbst in den Sattel setzen, um zu reiten. Ob es dann einen Gramm an Lebensmitteln mehr geben wird, ob dann Kohlen da sein werden, um die Krankenhäuser zu heizen, ob dann nicht mehr Tausende von Säuglingen aus Mangel an Milch oder vor Kälte sterben werden? Genau so wird es bleiben, auch die Unabhängigen können weder Korn noch Kohle aus dem Erdboden stampfen. Das Chaos würde noch größer und das Elend noch fürchterlicher werden.

Weil es uns fern liegt, aus der Not politisches Kapital zu schlagen, weil wir nicht nötig haben, mit dem Hungertode hunderttausender Säuglinge, Frauen und Greise für unsere Ideen zu agitieren, weil wir ehrliche Sozialisten sind und ein Brudervolk vor dem Hungertode retten wollen, darum teilen wir unser karges Brot mit ihm. Während andere blutige Phrasen dreschen und von der Weltrevolution, von der restlosen Zerstörung unseres Wirtschaftslebens und der Verelendung der Menschheit den Sieg des Sozialismus erhoffen, bereiten wir ihn vor, indem wir durch die Betätigung internationaler Solidarität die Arbeiter aller Länder aneinanderketten und praktischen Sozialismus betreiben. Aber ganz abgesehen davon, halten wir es für ein Gebot der Menschlichkeit, zuzugreifen und den letzten Bissen zu teilen, wenn es gilt, einem Verhungernden das Leben zu retten. Die Unabhängigen mögen es mit ihrem robusten weltrevolutionärem Gewissen abmachen, wenn sie angesichts des Todeskampfes eines an seinem Schicksal unschuldigen Volkes nichts Wichtigeres zu tun haben, wie die Chancen der Weltrevolution zu prüfen.

Das Ende des Belagerungszustandes.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes wird mit vielen Legenden aufräumen. Bei der Befreiung der Schutzhäftlinge ging es schon wie bei der Erstürmung der Bastille: man glaubte Hunderte oder Tausende zu befreien, und man fand nur sieben Stück. Auch die unabhängigen Märchen von den Tausenden, die Noskesche Brutalität wegen ihrer sozialistischen Ueberzeugung in die Kerker geworfen hätte, werden nun bald endgültig zerstört sein.

Gleichwohl war die Aufhebung des Belagerungszustandes dringend geboten, war es dafür höchste Zeit. In der Seelenstimmung der März-Kämpfe, wo die Worte fielen: „Die Schweine müßten eigentlich alle erschossen werden!" — mit den Schweinen waren regierungstreue Anhänger der Volksmarinedivision gemeint — sind wir eben heute nicht mehr, und wir können uns kaum noch in sie zurückversetzen. Und dabei wissen wir doch, daß damals in der Siedehitze der Kämpfe solche Aeußerungen, wenn auch nicht von verantwortlicher Stelle, viele gefallen sind. Die Zeit der Putsche liegt ziemlich weit hinter uns, und ohne uns in trügerischer Sicherheit zu wiegen — das verbietet schon der unabhängige Parteitag —, dürfen wir doch wohl die Erwartung aussprechen, daß auch nach Aufhebung des Belagerungszustandes sich die blutigen Kämpfe vom Januar und März nicht wiederholen werden. Wenigstens nicht, bis die politische Situation sich erheblich geändert hat.

Mit der Aufhebung des Belagerungszustandes scheidet die Reichswehr aus dem Mittelpunkt des politischen Kampfes aus. Man darf ihr und Noske wohl gönnen, daß sie sich einige Monate lang ihrer militärisch-organisatorischen Aufgabe widmet. Möge namentlich der Reichswehrminister die Zeit dazu benutzen, um alle unbotmäßigen Offiziere aus der Reichswehr zu entfernen, welchen politischen Mantel sie sich auch umhängen mögen.

Mit der Aufhebung des Belagerungszustandes treten Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit der Persönlichkeit wieder voll in Kraft. Die Demokratie fängt wirklich an zu regieren. Nun muß es sich zeigen, ob die Parteien der äußersten Linken und Rechten auf dem Wege der Ueberredung oder auf dem der Gewalt zur Macht streben. Im Schutz der Dunkelheit des Belagerungszustandes in der illegalen Organisation ist jeder Wirrkopf und jeder gewissenlose Demagoge ein großer Mann. Möge die Wiederherstellung der demokratischen Freiheit nicht zu neuen Unordnungen, sondern zu einer tiefgreifenden Gesundung des politischen Lebens führen. Was im allgemeinen Zusammenbruch des 9. November mißlang, muß jetzt mit besserer Aussicht auf Erfolg wiederholt werden: die Verbindung von Ordnung und Freiheit.

Oberst Reinhard ist entlassen.

Wie die „B. P. N." hören, entspricht die Mitteilung, die der Abg. Krüger am Donnerstag abend in der Vertrauensmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei gemacht hat, daß die Entlassung des Obersten Reinhard beschlossene Sache sei, den Tatsachen. Gegenüber dem durch WTB. verbreiteten Dementi wird daran festgehalten, daß diese Mitteilung auf durchaus zuverlässiger Information beruht und zutrifft; die üblichen hämischen Bemerkungen der „Freiheit" können daran nichts ändern.

Erhöhung der Familienunterstützung für Kriegsgefangene.

WTB. Berlin, 6. Dezember. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Reichsregierung einer grundsätzlichen Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zugestimmt hat. Ueber die Erhöhung und schnellste Auszahlung der Beträge finden zurzeit Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium statt, die mit tunlichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Mordprozeß Lindner.

Am kommenden Dienstag beginnt vor dem Volksgericht in München der Prozeß gegen den 32 jährigen Metzger Alois Lindner, den Attentäter auf Genossen Auer. Genosse Auer, der schwer verletzt wurde, siecht nur noch dahin, der Zentrumsabgeordnete Osel und Ministerialdirektor Jahreis wurden getötet.

Der Umfang der Kirchenaustritts-Bewegung.

Die Zahl der Konfessionslosen betrug vor dem Kriege in Deutschland ca. 212 000. Während des Krieges trat die Kirchenaustrittsbewegung stark zurück. Sie hat in den letzten Monaten wieder so stark eingesetzt, daß nach kirchlichem Eingeständnis in Groß-Berlin allein 50 000 neue Kirchenaustritte erfolgt sind. Aber auch im Rheinland und im Freistaat Sachsen ist die Bewegung sehr stark. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte erfolgten vom 1. Januar bis 30. September 1919 22 564, im Oktober weitere 4810 Austritte, beim Amtsgericht Neukölln bei Berlin in derselben Zeit 8512. In Neukölln erfolgten im Oktober weitere 1851 Austritte, so daß mit den schon vor dem Kriege vorhandenen 15 000 Konfessionslosen in Neukölln die Zahl der Konfessionslosen die Zahl der Katholiken (21 000) schon übersteigt, 10 Prozent der Bevölkerung, welches Verhältnis sich durch täglich hundert Austritte ständig ändert. In Groß-Berlin ist daraufhin auch schon an sechs Volksschulen ein entsprechend abgeänderter konfessionsloser Unterricht eingerichtet worden.

Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Der Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Marcel Laurent, schreibt in der „Bataille" über die Verhandlungen, die Deutschland seit längerer Zeit mit Frankreich über die Gestellung von Arbeitern für die französischen Nord- und Ostdepartements führt. Deutschland wolle diese Arbeiten in näher zu bestimmenden Bezirken als verantwortlicher Hauptunternehmer ausführen, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Regierung. Deutschlands Revolution lasse dem Volk und besonders den Arbeiterorganisationen einen großen Anteil an der Verwaltung. Aus diesem Grunde habe die deutsche Regierung die gewerkschaftlichen Organisationen gefragt, ob sie bei der Rekrutierung der notwendigen Arbeiter mithelfen wollten. Die Gewerkschaften hätten erklärt, daß die deutschen Bauarbeiter es für eine Ehrenpflicht hielten, der Bevölkerung von Nordfrankreich zu helfen. Die deutschen Gewerkschaften stellten allerdings gewisse Bedingungen für ihre Mitarbeit, worunter die, daß durch Einverständnis zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Deutschland ein unlauterer Wettbewerb der deutschen Arbeiter in Frankreich, sowie überhaupt alles, was zu Reibungen führen könnte, verhindert würde. Marcel Laurent findet das sehr natürlich. Vor Monaten habe die deutsche Regierung dies bereits mitgeteilt. Wenn man die Legitimität der Forderungen der deutschen Gewerkschaften anerkannt hätte, dann würden unzweifelhaft Hunderttausende von qualifizierten deutschen Arbeitern längst an der Arbeit sein. Frankreich hätte Deutschland seine Kriegsgefangenen zurückgeben können und hätte nicht eine diplomatische Methode anwenden müssen, die die deutsche Demokratie in eine schiefe Lage brächte und der Reaktion diente, so daß Frankreich wieder einmal für den Roi de Prusse arbeite.

Däumig und Crispien.

Am 8. Januar konnte man in der „Freiheit" lesen, daß eine Gruppe von Parteigenossen schamlosesten Verrat an der Gesamtpartei verübe und diese heimlich an die Kommunisten zu verschachern suche. Solche mutwilligen Zerstörer und Disziplinbrecher müßten aus der Partei heraus. Der Bannfluch richtete sich gegen Ledebour und Däumig, die es abgelehnt hatten, mit Haase auf einer Liste zu kandidieren und nun eine gemeinsame Wahlliste mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi aufstellen wollten. Diese einstigen Verräter an der U. S. P., dieser Schwanz der Kommunisten ist heute zum Vorstand der U. S. P. gewählt worden. Ja, einer von ihnen, Ledebour, ist sogar bei der Wahl zum Parteivorsitzenden durchgefallen, weil er gegenüber Däumig und Crispien zu weit rechts stand. Ledebour, der durchgefallene Revisionist — die Weltgeschichte ist sehr ironisch.

Ueber die U. S. P. kann man die Kapitel ruhig schließen. Mit aller Not und Mühe, mit aller Autorität von Ledebour und Emil Eichhorn hat der Vorstand es durchgesetzt, daß der Anschluß an Moskau noch nicht sofort, sondern erst nach Ablauf einer Gewöhnungsfrist beschlossen wurde. Sonst aber ist die Annahme des kommunistischen Programms vollständig. Den Parlamentarismus lehnen die um Paul Levi, die gern auch Diäten nähmen, keineswegs grundsätzlich ab, und die Zerstörung der Gewerkschaften wird von denen um Paul Levi so entschieden bekämpft, daß sie erst jüngst die Syndikalisten zur Partei hinausgeworfen haben. Wenn sich also die Unabhängigen mit den Kommunisten verschmelzen wollten, könnten sie dabei höchstens noch etwas an Vernunft gewinnen. Aber auch das wäre nur für den Augenblick. Wenn man sich einmal auf die Bahn der Demagogie begeben hat, rutscht man unrettbar bis zum vollendeten Blödsinn herunter. Und spaßig werden nur die Grimassen der Kautsky-Hilfferding, Dittmann und Simon bei dieser Rutschpartie sein.

Kurze Notizen.

Kein Rücktritt des Außenministers. In den letzten Tagen wurde wieder mal viel vom Rücktritt des Außenministers Müller geschwafelt. Müller denkt nicht daran. Alles Gerede ist unwahr.

Die Prämienanleihe und Vertrauen des Auslandes. Maßgebende Kreise rechnen bestimmt damit, daß durch die Sparprämienanleihe das Ausland dem Reich neues Vertrauen schenken und unsere Valuta wieder steigen wird, so daß infolgedessen billigere Nahrungsmittel und Rohstoffe eingeführt werden können.

Einigung im Bremer Atlaswerk. Wie die „B. P. N." aus Bremen erfahren, ist nach elfwöchentlichem Kampfe auf dem Atlaswerk Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustandegekommen. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die Arbeiter stimmten mit großer Mehrheit für das Akkordsystem.

Das Bergarbeiter-Heimstättengesetz. Die Vorarbeiten zum Bergarbeiter-Heimstättengesetz sind vollendet und das Gesetz wird demnächst der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Schnelle Bereitstellung der zu seiner Durchführung erforderlichen Mittel seitens der Reichsregierung ist dringend geboten.

Radek zu den Friedensverhandlungen abgereist. Wie WTB. erfahren, hat Radek, der vor einigen Tagen aus der Schutzhaft entlassen worden ist, nunmehr Berlin verlassen, um an den Dorpater Verhandlungen teilzunehmen.

Ein französisches Todesurteil. Die Presse de Paris meldet aus Amiens, daß das dortige Kriegsgericht einen deutschen Kriegsgefangenen namens Hoffmann zum Tode verurteilt habe, weil er, nachdem er sich bereits renitent bei der Arbeit gezeigt habe, seinen Wächter beschimpft und mit zwei Faustschlägen getroffen haben soll.

Clemenceau will zurücktreten. „Petit Journal" meldet, daß Clemenceau nach der Präsidentschaftswahl (am 6. Februar) zurücktreten will.

Verkehrseinschränkungen in Frankreich. Wie der französische Verkehrsminister mitteilt, werden vom 8. Dezember vormittags ab auf sämtlichen Eisenbahnlinien eine größere Anzahl Personenzüge zeitweilig nicht mehr verkehren. Durch diese Maßnahmen soll die Verkehrskrisis behoben werden.

Rücktritt des polnischen Kabinetts. Die polnische Telegraphen-Agentur meldet: Paderewski hat seine Demission überreicht. Das Staatsoberhaupt Pilsudski bot die neue Kabinettsbildung dem Landtagspräsidenten Trampczynski an, der ablehnte, worauf Paderewski die ihm angebotene Kabinettsbildung annahm.

Regierungskrise in Wien? Wie die „B. P. N." aus Wien erfahren, sind die Gerüchte, daß weitgehende Differenzen zwischen den Regierungsparteien bestehen, die zu ernstlichen Konflikten führen könnten, sehr mit Vorsicht aufzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß sich bei den verschiedenen Anstrengungen der Parteien öfters ernstliche Meinungsverschiedenheiten ergeben. Es ist aber nicht zu erwarten, daß diese zu einer Sprengung der Koalition führen werden.

Zur Justizreform.

In Berlin hat eine Konferenz der einzelstaatlichen Justizminister stattgefunden, über deren Ergebnisse der Reichsjustizminister Schiffer der Oeffentlichkeit Mitteilungen gemacht hat. Die Ergebnisse sind an sich großenteils nicht zu tadeln, entsprechend aber nicht der Bedeutung einer derartigen Zusammenkunft. Die Frage der Justizreform hätte unseres Erachtens viel tieferliegende und dringlichere Probleme als die in der Konferenz erörterten in Angriff zu nehmen.

Die Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze für Amtsgerichte von 600 auf 1200 Mark, für Kaufmannsgerichte auf 600 und für Gewerbegerichte auf 200 Mark ist eine automatische Rückwirkung der Entwertung des Geldes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0002

Angesichts der jetzigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt hätte man hier noch weiter gehen können.

Von größerer prinzipieller Bedeutung sind die Fragen, die Stellung und Ausbildung des Berufsrichters betreffen. Daß man hier mit einer Anzahl überflüssiger Titulaturen, mit dem Amtsgerichtsrat, Landgerichtsrat, Justizrat, Geh. Justizrat und Geh. Oberjustizrat aufräumen will, ist zu begrüßen, aber ein verhältnismäßig nebensächlicher Punkt. Ob es richtig war, die Einführung von Altersgrenzen für die richterlichen Beamten abzulehnen, muß sehr bezweifelt werden. Was die Besoldung der Richter anbelangt, so wurde ein ganz wichtiger Grundsatz aufgestellt mit den Worten: Weniger Richter, aber höherbezahlte. — Die Bezahlung der Richter muß in der Tat ihrer Stellung und der außerordentlich hochqualifizierten Berufsausbildung angemessen sein. Aber die Konferenz hat das Hauptmittel zur Verminderung der Richterzahl übersehen. Es ist ganz richtig, wenn man dahin streben will, die Richter möglichst dem Richteramt selbst zuzuführen und alle nicht unmittelbaren richterlichen Funktionen mittleren Beamten zu überweisen, aber damit spart man nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Richtern. Eine große Kräftevergeudung liegt in der Besetzung richterlicher Senate mit fünf oder gar sieben Richtern. In einer vor kurzem erschienenen beachtenswerten Schrift hat der Reichsgerichtsrat Niedner darauf hingewiesen, daß die Besetzung auch der höheren Senate mit nur drei Richtern keine qualitative Verschlechterung der Rechtspflege bedeuten würde.

Ueber die Vorbildung und Ausbildung der Juristen ist im Kleinen manches Gute beschlossen worden. Aber die Hauptfrage hat die Konferenz nicht erörtert: nämlich wie das Richteramt auch dem Unbemittelten zugänglich gemacht werden kann. Freilich hängt diese Frage auf das Engste zusammen mit der Schulfrage, mit der Einheitsschule und dem Aufstieg der Begabten, deren Lösung nicht Sache der Justizministerien, sondern der Kultusministerien ist. Aber ein Teil der Fragen kann und muß auch von den Justizministerien gelöst werden. Eine Hauptschwierigkeit für den Zugang der Unbemittelten zum Richteramt liegt in der langjährigen Referendarzeit, während derer der künftige Richter dem Staat ganz unentgeltlich oder gegen ganz geringes Entgelt seine volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen muß. Schon heute ließen sich Maßregeln schaffen, durch die Unbemittelten über die Referendarzeit hinweggeholfen werden kann.

Aber alle diese Fragen treten zurück hinter der wichtigsten, die überhaupt von der Konferenz nicht angeschnitten wurde: das ist die Vereinfachung und größere Volkstümlichkeit nicht nur der Rechtspflege, sondern der gesamten Justizgesetzgebung. Das Buchstaben- und Paragraphenrichtertum, die spitzfindige Auslegungsscholastik, das Urteilen nach theoretischen Begriffen, anstatt nach praktischer Lebenserfahrung und Lebenskenntnis, die Kompliziertheit der Gesetze und ihre dem Laien unverständliche Sprache — das sind die Krebsschäden der Justiz, die zuerst der Reform bedürfen.

Der unabhängige Parteitag.

5. Tag. (Freitag

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Braß-Remscheid mit, daß sich gestern abend nach dem Referat Ledebours die Möglichkeit ergeben habe, eine Verständigung zwischen den Anhängern der Resolution Ledebour (die bekanntlich eine Verhandlung der revolutionären sozialistischen Gruppen aller Länder einschließlich der Moskauer Internationale zur Bildung einer neuen Internationale verlangt) und den Anhängern der Resolution Stoecker (die ein bedingungsloses Anschließen an die Moskauer Internationale verlangt) ergeben habe. Diese Verhandlungen hätten gestern noch nicht zu Ende geführt werden können. Das Bureau sei der Meinung, daß der Kongreß sich solange vertagen soll, bis ein Ergebnis der Verhandlungen erzielt sei. (Zuruf von der äußersten kommunistelnden Linken: Der Kuhhandel kann losgehen! Große Unruhe.)

Der Parteitag wird darauf vertagt und die Anhänger der beiden Gruppen ziehen sich zu Sonderberatungen in getrennte Nebensäle zurück.

Die Geheimsitzungen zogen sich viele Stunden hin. Es kam dabei zu sehr erregten Auseinandersetzungen, da in beiden Gruppen die Meinungen stark auseinandergehen. Vor den Sitzungszimmern waren Posten aufgestellt, damit nichts aus den Verhandlungen in die Oeffentlichkeit dringe. Eine Verständigung war nicht zu erzielen und es traten die beiden Gruppen nach gemeinsamen Mittagessen wieder zu Sonderberatungen zusammen, an die sich neue Besprechungen der Gruppenführer und der Parteileitung anschlossen. Daß diese Verhandlungen einen tieferen inneren Grund haben, als nach außen hin in die Erscheinung trat, zeigt folgende Notiz in der heutigen „Leipziger Volkszeitung". Unter der sensationellen Ueberschrift

„Krisis auf dem Parteitag"

schreibt die „Leipziger Volkszeitung": „Die Vertagung der heutigen Vormittagssitzung des Parteitages zeigt, daß die Verhandlungen in der Frage der Internationale in eine scharfe Krise eingetreten sind. Bis Schluß der Redaktion war eine Lösung noch nicht zu erkennen." — Wie es heißt, hatte der gesamte Parteivorstand einmütig mit dem Rücktritt gedroht für den Fall, daß der Anschluß an die Moskauer Internationale beschlossen werden sollte. Es war in Vorschlag gebracht worden, eine Verständigung auf der Grundlage zu suchen, daß an Stelle „Anschluß an die Moskauer Internationale" gesagt wird „Zusammenschluß mit usw."

Gegen 5 Uhr nachmittags zeigte sich der Vorsitzende Livinski am Vorstandstisch: er wurde mit Beifall und Kuhtrampeln von den ungeduldig harrenden Delegierten und den zahlreichen Tribünenbesuchern empfangen. Als er aber abwinkte, ertönten Pfiffe und Rufe: Der Kuhhandel geht weiter! Livinski lief dann wieder eiligst aus dem Saal. — Bald darauf forderte Dißmann die Anhänger der Resolution Ledebour und Geyer, die Anhänger der Resolution Stoecker auf, wieder zu Sonderberatungen zusammen zu treten. Verschiedene Delegierte ergehen sich darüber in Ausdrücken heftigen Unwillens. Von der Tribüne wird gerufen:

Ihr Kuhhändler! Ihr Parteibonzen!

Ihr Schieber! Vertagt dann lieber den Parteitag und fahrt nach Hause arbeiten!

Um ½7 Uhr abends eröffnet Braß die Sitzung wieder. Er teilt mit, daß die Resolution Ledebour und Hilfferding zurückgezogen sei und an deren Stelle folgende Resolution der Parteileitung und Kontrollkommission eingegangen ist:

„Der Parteitag erklärt als eine wichtige Aufgabe der U. S. P. die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats in eine tatkräftige revolutionär-sozialistische Internationale. Die erste Voraussetzung für eine aktionsfähige Internationale ist die rücksichtslose Führung des proletarischen Klassenkampfes unter Ablehnung jeder Politik die lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates erstrebt. Der Parteitag beschließt daher die Absage an die sogenannte zweite Internationale, womit für die U. S. P. jede Beteiligung an der Genfer Konferenz ausgeschlossen ist. Die U. S. P. ist mit der dritten Internationale darin einverstanden, durch die Diktatur des Proletariats auf Grund des Rätesystems den Sozialismus zu verwirklichen. Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen werden durch einen Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee auf Grund des beschlossenen Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien sofort in Verhandlungen zu treten und diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der dritten Internationale eine aktionsfähige, geschlossene proletarische Internationale zu ermöglichen, in dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus, damit sie so eine entscheidende Waffe für die Weltrevolution wird.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß die Resolution Stoecker bestehen bleibt. In der Debatte werde abwechselnd ein Vertreter beider Richtungen zu Wort kommen. (Wie man erfährt,

hat die Linke sich in der geschlossenen Sitzung gespalten

und die eine Hälfte hat sich für die Vorstandsresolution ausgesprochen.)

Der Parteivorsitzende Crispien begründet die Vorstandsresolution. Er erklärt, daß die Partei einig sei, daß man mit Moskau zusammenkommen müsse. Nur der Weg war Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten. Die U. S. P. habe jederzeit gegenüber dem Bürgertum sich solidarisch erklärt mit Kommunisten und Spartakisten. Wenn die russischen Sozialisten mir Geld zum Kampf gegen das Bürgertum gegeben hätte, hätte ich es nie abgelehnt, da ich es als einen Akt der Solidarität betrachtet hätte. (Stürm. Beifall.) Der bedingungslose Anschluß an Moskau

würde in der Partei zu Auseinandersetzungen führen,

und die geschlossene Aktionskraft hemmen. Wir brauchen diese Kraft aber im Kampf gegen die Reaktion, die wir verhindern müssen, gegen Rußland vorzugehen. Wir werden damit auch unsere Genossen in Frankreich, England und Italien in den Stand setzen, gegen ihre Regierungen mobil zu machen. (Stürm. Beifall.)

Die weitere Verhandlung zog sich dann bis in die späten Abendstunden hin.

Parteinachrichten.

Vom Aufstieg der Partei. Unser Breslauer Parteiblatt meldet eine Zunahme der Mitgliederzahlen der dortigen Parteiorganisation im Monat November um 1496. In den Monaten September, Oktober und November beträgt die Mitgliederzunahme in Breslau 2901. Solche Zahlen widerlegen am besten das unabhängige Gerede von dem Zusammenbruch der „Scheinsozialisten".

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Zeichnungsschluß: 10. Dez. 1919 • **Einzahlungstermin:** 1.–8. Januar 1920 • **1. Ziehung:** März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:

10	Gewinne zu Mark	1000000	Mark 10000000
10	" " "	500000	" 5000000
10	" " "	300000	" 3000000
10	" " "	200000	" 2000000
20	" " "	150000	" 3000000
40	" " "	100000	" 4000000
100	" " "	50000	" 5000000
200	" " "	25000	" 5000000
400	" " "	10000	" 4000000
600	" " "	5000	" 3000000
800	" " "	3000	" 2400000
800	" " "	2000	" 1600000
2000	" " "	1000	" 2000000
5000	Gewinne		Mark 50000000

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.–8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
½8 Uhr:
„Eva"
(das Fabrikmädel).
Optte. v. Franz Lehár.
Kasse 10-1½, u. 4-6.

Stadt-Theater
Dienstag, d. 9. Dez. 19.
Anfang 7, Ende 11 Uhr:
Don Carlos.
Mittwoch:
Der arme Heinrich.

Chaiselongue
billig zu verkaufen
Pfälzerstr. 13, p. I.

Iduna,
Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G.
zu Halle a. S.

Hierdurch laden wir die Mitglieder unserer Gesellschaft zu einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung ein, welche
am 29. Dezember d. J., ½12 Uhr mittags, im Hotel „Stadt Hamburg" hier, Gr. Steinstrasse 73,
abgehalten wird.

Für die Berechtigung zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung sind die Bestimmungen des § 7 der Satzungen von 1910, 1910 und 1910, vom 1. März 1903 bezw. § 19 der Satzung von 1894, § 12 der Satzung von 1872, sowie § 16 der Satzungen von 1863 und 1854 massgebend.

Mitglieder, welche in der Mitgliederversammlung teilzunehmen beabsichtigen, müssen spätestens zwei Werktage vor der Mitgliederversammlung, also bis zum 28. Dezember d. J., unter Nachweis ihrer Stimmberechtigung, welche auf Grund des betr. Versicherungsscheins und der letzten Beitragsquittung festgestellt wird, ihr Erscheinen bei dem Vorstand angemeldet haben.

Bevollmächtigte stimmberechtigter Mitglieder haben den Vorstand ebenfalls spätestens zwei Werktage vor der Mitgliederversammlung ihren Auftrag durch schriftliche Vollmacht und die Stimmberechtigung ihres Auftraggebers durch Bescheinigung des betr. Generalagenten nachzuweisen.

Der Eintritt in das Versammlungszimmer wird nur gegen Ausweiskarten gestattet.

Tagesordnung:
1. Aenderung der Satzung: a) Zu §§ 20 und 22, betr. die Einführung eines gesonderten Abrechnungsverbandes für Volksversicherungen ab 1. 1. 192 sowie die Bestimmung des zu verteilenden Grundgewinnanteils; b) Verdeutschung von Fremdwörtern.
2. Aenderung von Versicherungsbedingungen.

Halle a. S., den 8. Dezember 1919.
Der Aufsichtsrat
der „Iduna", Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S.
Dr. Steckner,
Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Verein für Merseburg - Querfurt - Weissenfels.
2. Unterbezirk.
Sekretariat: Merseburg, Annenstrasse 19.
— Telephon 431. —
Versammlungslokal Restaurant „Hohenzollern" Teichstrasse.
Mitglieder-Versammlung
jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat abends 8 Uhr. ---- Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.
Albert Müller.

Dauerwäsche
Marke „SCHATZ"
ist die beste!
Kragen extra stark
grösste Auswahl.
Hallesche
Dauerwäsche-Industrie
D. C. Schatz
56 nur ob. Steinstr. 56.

Kennen Sie das „Urteil" über
Patentex ? ? ?
Der Universitätsprofessor und Frauenarzt Dr. R. schreibt: Der Apparat erfüllt besser als ein anderer den vielseitigen Zweck. „Er ist zweifellos das beste Antikonzeptionsmittel, das uns heute zur Verfügung steht."
Verlangen Sie Prospekte und weitere Anerkennung über „Patentex" hygienischer Frauenschutz. Preis kompl. 1.95 Mk., inkl. Nachn. (für etwa 40 mal. Gebrauch), Ersatztuben 8 Mk. (für etwa 40 mal. Gebrauch).
Heilrung & Appel,
Mühlhausen i. Thür., Steinweg 76.

Als hübsches
: Weihnachts-Geschenk :
für Knaben
empfehlen wir das soeben erschienene Buch von Aug. Winnig
„Frührot"
Die Schulzeit des Maurergesellen.
Zum Preise v. Mk. 7.70 zu beziehen in der
Buchhandlung der Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 27.
Bestellungen nehmen auch alle Austräger entgegen.

Büro-Bedarfs-Artikel:
Schreibtische, Stühle, und Schränke.
Reparaturenwerkstatt für Schreibmaschinen.
Alb. Osterwald,
Poststr. 8. — Tel. 3725.

Stoffersatz-Wäsche
im Aussehen von Leinen kaum zu unterscheiden, in fast allen Formen u. Weiten am Lager.
Form wie obenstehend Dutzend 4.50 Mk.
Abgabe auch im Engros.
Dauerwäschevertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts Ecke Sternstr.

Elegante
Damentaschen
aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann,
nur
Schmeerstr. 19.

Leinen-Kragen

in allen Formen, weiß u. farbig.
Oberhemden Nachthemden weiche Kragen Serviteurs.
Die besten Qualitäten
O. Blankenstein,
Leipzigerstr 71 Steinstr. 36.

Sanitätsartikel
Damen-Binden.
E. Kertszcher,
unt. Leipzigerstr.
Ecke Poststr.

Alle Sorten Felle, Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178

?
Wer
schwach und krank ist, esse
Schlüterbrot,
um gesund und stark zu **werden.**
Wer gesund und wohl ist esse
Schlüterbrot,
um so zu **bleiben.**

U.T
Leipzigerstrasse Nr. 88
Fernruf Nr. 1224.
Alte Promenade Nr 11a.
Fernruf Nr. 5738.

Die beliebte Filmdiva
Lotte Neumann
in dem lustigen Filmspiel in 4 Akten
„Der Klapperstorchverband"
Frei nach dem Roman von **Fedor von Zobeltitz.**
Vorführung: 4.00 6.30 9.10.

„Heldin der Liebe"
Erlebnisse eines jungen Mädchens (5 Akte.)
In der Hauptrolle:
Carlo Wieth, Clara Wieth.
Vorführung: 5 20 8.00.
Beginn 4 Uhr.

Deutschlands größter Schauspieler
Albert Bassermann
in dem Filmdrama in 4 Akten
Eine schwache Stunde
Eine Tragödie aus der vornehmen Gesellschaft.
Vorführung: 4.00 6.30 9.10.

Der Raub der Sabinerinnen
Schwank in 4 Akten.
Nach dem Bühnenwerk von **F. u. P. von Schönthan.**
Vorführung: 5.10, 8.00
Beginn 4 Uhr.

Unsere Abendvorstellungen beginnen pünktlich 8.00 Uhr!

Madame Dubarry

Stadt-Schützenhaus Naumburg a. S.
Dienstag, den 9. Dezember, abends ½ 8 Uhr
Große öffentliche Versammlung
Tagesordnung:
I. Die gegenwärtige Lage aller durch den Krieg Betroffenen.
Referent: Kamerad Stadtverordneter R. Vielz, Weißenfels.
II. Freie Aussprache.
Zu dieser Versammlung werden neben den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, besonders noch die Kriegsgefangenen herzlichst eingeladen. Auch werden über die Ansprüche der Zivil-Internierten usw. Aufklärung gegeben.
Die städtischen Körperschaften, Behörden usw. sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

S. H. Schönbach, Schmeerstr. 1, Ratskeller-Gebäude.
Wasch-Service 19.50 25.00 35.00 bis 75.00
Tonnen-Garnituren 58.00 65.00 75.00

Grosse Spielwaren-Ausstellung
Eisenbahnen
Dampfmaschinen
Kinos
Kaufladen
Pferdeställe
Gespanne
Baukasten
Kegelspiele
Puppen
Puppen-Betten
" -Stuben
" -Möbel
" -Wagen
" -Kaffeeservice
Kochmaschinen
Nähkasten

Wirtschaftswaren
Kaffeemühlen
Reibemaschinen
Fleischwölfe
Wirtschaftswagen
Kohlenplätten
Brotbüchsen
Quirlgarnituren
Sand-, Seife-, Soda-Garnituren

Kaffee-Service

5teilig	5teilig	9teilig	9teilig
11.00	12.00	37.50	89.00

Satz Schüsseln 5.25 6.75 8.75

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stellen finden.
Wir stellen noch 10340
kräftige Bergleute (hauptsächlich Förderleute)
ein. Meldungen bei der Betriebsverwaltung der
Gewerkschaft Salzmünde in Zappendorf.

Weißenfels
Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.
In der Woche vom 8. bis 13. d. M. kommen nach der Kundenliste zur Verteilung:
150 g Nudeln auf Marke 328 zum Preise von 66 Pf. für das Pfd.
Markenablieferung am Dienstag, den 16. d. M., an die Warenabteilung des Lebensmittelamtes, Leopold-Kellstr. 14.
Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 29. 9./4. 11. 1915 bestraft.
Weißenfels, den 6. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Wieder eingetroffen:
wunderbare
indische Batiste, Barchente, Hemdentuche und Herrenstoffe
in verschiedenen Mustern
S. Biletzki, Leipz. Str. 103. 1. Tr.

Apollo-Theater
Heute 7½, und folg. Tage:
„Nachtfalter".
Optte. v. Oskar Strauß.
Komp. v. Walzertraum.
In den Hauptrollen:
Max Mikerz a. G., Hans Forstner, Meta Heim, Lydia Petri, Robert Luther.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Bekanntmachung.
Beschränkung der Räumungsklagen.
Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat am 12. November 1919 auf Grund des § 5a der Mieterschutzordnung (vom 22. Juni 1919 R. G. Bl. S. 591) in Verbindung mit § 9 der Wohnungsmangelverordnung den Magistrat zu folgender Anordnung ermächtigt:
1. Klagen auf Räumung von Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes angestrengt werden.
2. Ohne Erlaubnis des Wohnungsamtes dürfen Wohnräume nicht durch Zeitungsanzeigen angeboten oder gesucht werden. Dem Vermieter muß die Erlaubnis erteilt werden, falls das Wohnungsamt ihm einen Mieter nicht zuzuweisen beabsichtigt.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Bei Zuwiderhandlungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 Geldstrafen bis zu 1000 Mk. ein.

Weißenfels, den 20. November 1919.
Der Magistrat. Dachn. Müller

Bekanntmachung.
Städtischer Wohnungsnachweis.
Der bisher im Büro des Haus- und Grundbesitzervereins Klosterstraße 27. hierselbst befindliche städtische Wohnungsnachweis ist von heute ab mit dem städtischen Wohnungsamt im Stadthaus, Saalstraße 10, verbunden. 9997

Unter Bezugnahme auf die Polizei-Verordnung vom 8. September 1918 sowie auf die Magistratsverordnungen vom 3. April und 22. August 1919 werden die Eigentümer von Gebäuden oder ihre Stellvertreter, Untermieter und Schlafstellenvermieter darauf hingewiesen, daß sie zur unverzüglichen An- und Abmeldung von leerstehenden oder leerwerdenden Wohnungen, einzelnen Wohnräumen oder gewerblichen Räumen verpflichtet sind.

Bei Zuwiderhandlungen treten gemäß § 10 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 Geldstrafen bis zu 1000 Mk. ein.

Auf die von den städtischen Körperschaften unterm 13. Dezember 1918 beschlossene und seitens des Bezirksausschusses unterm 26. Dezember 1918 genehmigte Gebührenordnung, wonach zur Bestreitung der Unkosten der Vermieter für je 100 Mk. Jahresmiete eine Gebühr von 10 Pfg. bis zu einem Höchstbetrag von 1 Mk. zu zahlen hat, wird hiermit besonders hingewiesen.

Weißenfels, den 20. November 1919.
Der Magistrat. Dachn. Müller

Wohnungstausch nach Halle.
Es bietet sich die Möglichkeit für eine Familie, die nach Halle überzusiedeln gedenkt, ihre hiesige Wohnung mit einer Wohnung in Halle, bestehend aus Stube, Kammer u. Küche (bisheriger Mietpreis 260 M.) zu tauschen.
Bewerber wollen sich umgehend beim städtischen Wohnungsamt, Saalstraße 10, melden.
Der Magistrat.

Milchkartenausgabe für Monat Januar.
Die Ausgabe der Milchkarten für Monat Januar findet an folgenden Tagen im Ernährungsamt — Klosterstraße 8 — in der Zeit von 2—6 Uhr nachmittags wie folgt statt:
Für Frauen und Kinder:
Mittwoch, den 10. 12. 19 die Buchstaben A—M,
Donnerstag, den 11. 12. 19 die Buchstaben N—Z.
Für Kranke:
Freitag, den 12. d. Mts.
Es wird ausdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Aushändigung der Milchkarte nur gegen Vorlegung der neuen Kartoffelkarte und alten Milchkarten-Stammkarte erfolgen kann.
Weißenfels, den 8. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Bitterfeld
Kohlenbezugscheine.
Für Monat Dezember 1919 können Bezugscheine über Briketts nicht mehr ausgegeben werden, da über die der Stadt zugeteilte Menge Bezugscheine aus gestellt sind. Diejenigen Wohnungsinhaber, die für Monat Januar 1920 nicht mit ausreichend Feuerungsmaterial besitzen, werden hiermit aufgefordert in der Zeit vom 8.—13. 12. und zwar
a. 8.—9. 12. die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben A—G
„ 10—11. 12. „ „ „ „ „ H—Q
„ 12—13. 12. „ „ „ „ „ R—Z
im Hause Kirchplatz 3, I Treppe, rechts, in den Vormittagsstunden von 9—12 unter Vorlegung des Brotscheines ihren Bedarf anzumelden. Hierbei ist der noch vorhandene Bestand und die Zahl der heizbaren Zimmer anzugeben. In allen Fällen erfolgt eine Nachprüfung.
Gewerbliche Betriebe (Bäcker usw.) haben ebenfalls ihren Bedarf anzumelden.
Die Ausgabe erfolgt später nach dem Ergebnis der Nachprüfungen und wird noch bekanntgegeben.
Bitterfeld, den 4. Dez. 1919.
Der Magistrat. Maus.

Delitzsch
Städtischer Lebensmittel-Verkauf.
Auslands-Maismehl vom 9.—13. d. Mts. auf Abschnitt Nr. 112 der Lebensmittelscheine je 1 Pfund für 68 Pfg. in den Mehlverkaufsstellen. M.-½.
Selbstversorger sind vom Bezuge ausgeschlossen.
Butter vom Dienstag, den 9. d. Mts. ab 25 Gramm für 30 Pfg.
Kartoffeln 47. Woche. 5 Pfund, das Pfund für 12 Pfg.
Käse in der städtischen Verkaufsstelle A. B. Promenade Nr. 6 auf Abschnitt Nr. 158 je 1 Stück zu 41 Pf.
Dienstag, den 9. d. Mts.,
nachmittags 2—3 Uhr, Nr. 2836—2970,
" 3—4 " " 2971—3080,
" 4—5 " " 3081—3185.
Mittwoch, den 10. d. Mts.,
nachmittags 2—3 Uhr, Nr. 3186—3290,
" 3—4 " " 3291—3395,
" 4—5 " " 3396—3490.
Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren auf Kinderbrotkarten je ½ Pfund in den bekannten Bäckereien.
Schweineschmalz, vom Dienstag, den 9. d. Mts. ab auf Butterkartenabschnitte der 47. Woche je 100 Gramm für 2,92 Mk.
Delitzsch, den 6. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0004
DFG

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dezember. 123 Sitzung. Am Ministertische: Bauer, Erzberger.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Er gedenkt der ersten Sitzung, die heute vor 25 Jahren in diesem Hause abgehalten wurde. Zwanzig Abgeordnete macht der Präsident namhaft, die dem Reichstage schon damals angehörten und noch heute Mitglieder des Hauses sind. Es sind die Abg. Bock (U. S.), Brühne (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frohme (Soz.), Geyer (U. S.), Haußmann (Dem.), Hirsch (Ztr.), Legien (Soz.), Molkenbuhr (Soz.), Müller-Fulda (Ztr.), Pachnicke (Dem.), von Payer (Dem.), Reißhaus (Soz.), Schmidt-Berlin (Soz.), Spahn (Ztr.), Weiß (Dem.), Strzoda (Ztr.), Ulrich (Soz.), Wurm (U. S.), Zubeil (U. S.). Das Haus sei entschlossen, tatkräftige Arbeit beim Wiederaufbau des zusammengebrochenen deutschen Hauses zu leisten. (Beifall.)

Die Ergänzung des Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Landessteuergesetzes in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalsertragssteuer.

Abg. **Düringer** (Dn.): Die Steuerpläne des Finanzministers **haben unserer Valuta nicht geholfen.** Das Ausland hält sie, wie wir, für den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Die Bekanntgabe seiner vertraulichen Erklärung aus der zehnten Kommission hat niemanden überzeugt. Wir sprechen dem Minister nicht unser Vertrauen aus.

Minister **Erzberger:** Es ist eine maßlose Uebertreibung, zu sagen, das Reich sei nur noch Steuerexekutor. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Zeichner der Anleihen ihre Zinsen bekommen, die Witwen und Kriegsbeschädigten ihre Renten. Die Besoldungen müssen erhöht werden. Die große Gehaltsreform ist im Werden. Die sozialen Renten müssen und werden aufgebessert werden. Das alles wird das Wirtschaftsleben stärken und beruhigen. **Die Summe von 24 Milliarden muß unter allen Umständen beschafft werden.** Die Finanzpolitik muß etwa 30 Proz. des Volksvermögens erfassen. Die Steuersätze, die wir fordern, sind meines Erachtens das Höchstmaß dessen, was wir unserer Wirtschaft zumuten können. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken, als bisher. Erst wenn die direkten Steuern bis zur letzten Möglichkeit ausgebaut werden, können wir an die indirekten Steuern herangehen. Nach unserer Auffassung würde es ein Gewaltstreich der Entente sein, wenn sie Hand an unsere Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine Steuern erheben. Ich würde es für gut halten, alle Steuervorlagen an eine Kommission zu verweisen. Die Vorarbeiten für die Veranlagung müssen bald einsetzen. Die Voraussetzungen für die Veranlagung, also die Begriffe „Was ist Einkommen", und „Was ist Vermögen", könnten nun bald und besonders festgelegt werden, noch vor Weihnachten. Die Ausgestaltung des Tarifs hätte dann Zeit bis nach Weihnachten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Becker-Hessen** (D. Vrt.): Ob die Entente nach dem Friedensvertrag ein Recht hat, die Hand auf das Reichsnotopfer zu legen, ist gleichgültig. **Sie hat die Macht dazu,** und wir müssen fürchten, daß sie diese Macht benutzt. Es empfiehlt sich, das Notopfer zurückzustellen oder ihm eine **andere Form zu geben.**

Abg. **Marx** (U. S.): Die Reichseinkommensteuer geht so tief herunter, daß sie wirkt wie eine indirekte Steuer, weil sie die wirtschaftlich Schwachen mehr belastet, als die Starken. Die Methode, die Steuern durch **Klebemarken** seitens der Arbeitgeber einzutreiben, erfaßt die Festbesoldeten haarscharf, bleibt aber hilflos gegenüber dem Kaufmann und dem Landwirt. Die Einschränkung des Steuerrechts der Länder und Gemeinden lehnen wir ab. Der Gedanke der Kapitalsertragssteuer ist richtig. Sie müßte noch oben stärker gestaffelt werden, und zwar progressiv. Alle Steuergesetze werden nur dann beitragen, das Elend zu vermehren. Nur die scharfe Absage an die kapitalistische Produktion kann uns retten.

Abg. Dr. **Heim** (B. k. Fr.): Die Steuervorlagen enthalten eine Verfassungsänderung. Ihre Zentralisationsbestrebungen sind unerträglich. Mit dieser raschen Zentralisierung nützen Sie dem Reichsgedanken nicht. Die Steuerfreudigkeit müßte gehoben werden durch gerechte Erfassung aller Steuernden, durch Führung des Beweises, daß die hohen Steuern auch ihren Zweck erfüllen, durch Förderung der Produktion, um die Ernährung zu verbessern.

Die drei Steuergesetze werden an die zehnte Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der Gefangenen.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 6. Dezember. 92. Sitzung. Das Haus ist äußerst spärlich besetzt.

Die zweite Beratung des Abschnittes für Volksschulwesen wird fortgesetzt.

Abg. **Runge** (Soz.): Wir sehen in der Einheitsschule eine bedeutsame Errungenschaft der Revolution. In der Einheitsschule muß vernünftiger staatsbürgerlicher Unterricht zu den Lehrfächern gehören. Wir stellen uns bezüglich der Ausgestaltung des Schulwesens auf den Boden der Reichsverfassung.

Ministerialdirektor **Kästner:** Eine Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen soll stattfinden bei der erstmaligen Berufung der Kreisschulinspektoren. Das Gesetz, das solche Berufung von Kreisschulinspektoren als Hilfsarbeiter in das Ministerium von der Bestätigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig macht, muß geändert werden. Die Unterrichtsverwaltung wird deswegen beim Minister des Innern vorstellig werden. Der Konfirmandenunterricht wird in eine Zeit verlegt werden, in der er den Schulunterricht nicht beeinträchtigt. In die Beamtenbesoldungsreform muß die Lehreraufbesserung einbezogen werden. In der Frage der Lehrerbildung hoffen wir zu einer Entscheidung zu gelangen. Die Einheitsschule muß und wird kommen. Die Volksholschule können wir darum nicht entbehren.

Abg. Frau **Steffels** (Ztr.): Der Gemeinschaftserziehung für Knaben und Mädchen kann ich nicht das Wort reden.

Abg. **Otto** (Dem.) wünscht zu erfahren, in welcher Weise die Beamtenbesoldungsreform gedacht ist. Mit dem Antrage der Sozialdemokraten, daß Präparandenanstalten, Seminarien und höhere Schulen nicht konfessionell sein dürfen, sind wir einverstanden.

Abg **Hennig** (U. S.): Wir stehen der Schulreform des Ministers von vornherein mit Mißtrauen gegenüber, denn durch seine Verbindung mit dem Zentrum wird er gar nicht in der Lage sein, die wichtigen fortschrittlichen Neuerungen fortzuführen. Die Lehrerräte genügen uns nicht. Wir wollen das Rätesystem im Erziehungs- und Bildungswesen. Wir fordern die Einheitsschule, die Abschaffung des Klassensystems, der Berechtigungen und Prüfungen.

Abg. **Herrmann** (Dn.): Die Schule muß, um ihre Aufgabe voll zu erfüllen, staatliche Anstalt werden. Die gemeindlichen Verhältnisse sind zu ungleichartig, um als Grundlagen zu dienen. Die Volksschule muß eine nationale und christliche Schule sein.

Abg. **Hollmann** (D. V.) Im Kriege sind 19 000 Lehrer gefallen, und darf man mit Recht von einer Verelendung und jetzt darf man mit Recht von einer Verelendung des Lehrerstandes sprechen. Hilfe muß trotz der schlechten Finanzlage gebracht werden. Es soll dem Lehrer bis zum Inkrafttreten der neuen Besoldung geholfen werden. Die Aufwandsentschädigung der Kreisschulinspektoren muß erhöht werden.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. Dezember 1919.

Bildungsausschuß. Heute Montag abends 6 Uhr Sitzung.

Die Genossen des 12. Distrikts,

die in den von der Dessauer-, Ludwig-Wucherer- und Kaiserstraße begrenzten Straßen wohnen, treffen sich am Dienstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, in den „Deutschen Bierstuben", Ecke Dessauer- und Ludwig-Wucherer-Straße zu einer Sitzung.

Rückständige Entlohnung bei der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse für deutsche Rechtsanwälte.

Bei obiger Kasse werden noch Löhne für die kaufmännischen Angestellten bezahlt, die der Jetztzeit nach keiner Richtung hin entsprechen. Für Bürogehilfen wird ein Monatslohn von 150 Mark bezahlt. Dieser Lohnsatz wird einem zurückgekehrten Kriegsgefangenen, der im 26. Lebensjahr steht, bezahlt. Der Hilfsausschuß für wirtschaftliche Beihilfe für heimgekehrte Kriegsgefangenen des Saalkreises glaubte an den Angaben eines Angestellten der Ruhegehaltsklasse, daß er als 26jähriger Mensch nur 150 Mark Gehalt pro Monat beziehe, zweifeln zu müssen. Er wandte sich an die Kasse mit einem Schreiben, in dem er auf den am 23. Juni abgeschlossenen Tarifvertrag für Angestellte hinwies.

Der Hilfsausschuß erhielt darauf nachfolgende Antwort, die wir der Mitwelt nicht vorenthalten möchten:

Halle, den 25. November 1919.

An den Hilfsausschuß für die wirtschaftliche Beihilfe für heimgekehrte Kriegsgefangene des Saalkreises,
Halle a. d. Saale
Landratsamt des Saalkreises.

Zu dortiger Nr. 248
KG.

Der Bürogehilfe A. P. war vor dem Kriege bei dem verstorbenen Herrn Justizrat Weißler beschäftigt. Nach seiner Rückkehr wurde er am 1. Juni 1919 von unserer Kasse eingestellt, deren Vorstand damals Herr Justizrat Weißler war, da er eine andere Beschäftigung nicht finden konnte. Er arbeitete sich in den Betrieb der Kasse ein und bezieht zurzeit 150 Mark monatlich und Weihnachtsgratifikation. Vom 1. Januar nächsten Jahres ab bezieht er zunächst 200 Mark. (!!) Da er vor dem Kriege bei der Kasse nicht beschäftigt war, konnte eine Wirtschaftsbeihilfe von seiten der Kasse nicht in Frage kommen. Anlaß zur Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von dort aus ist also nach diesseitigem Erachten gegeben.

Für die Belehrung, daß in Halle ein Tarif besteht, den sämtliche Arbeitgeber anerkannt haben, sind wir sehr dankbar. (?) Offenbar ist der am 23. Juni abgeschlossene Tarifvertrag gemeint, der sich nach seinen Eingangsworten auf die „durch die Unterzeichneten vertretenen Arbeitgeber und Vereinigungen von Arbeitgebern aus Industrie und Handel" erstreckt. Die unterzeichnete Kasse ist dadurch nicht betroffen. Daß der Tarif für die Allgemeinheit verbindlich erklärt ist (Verordnung vom 23. Dezember 1918), ist diesseits nicht bekannt. Für eine weitere Belehrung in dieser Hinsicht wären wir dankbar.

Vorstand der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse für deutsche Rechtsanwälte.
gez. Dr. Schweer.

Der Vorstand der Ruhegehaltskasse läßt entschieden das soziale Verständnis vermissen, welches heute gefordert werden muß.

Während des Krieges las man es anders. Da wurde den Kriegsteilnehmern alles Mögliche versprochen, wenn sie wieder nach Hause kommen würden. Doch der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr mag sehen, wo er bleibt.

Es wäre zu wünschen, daß sich die zuständige Organisation einmal mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Ruhegehaltskasse befaßt. Die Angestellten aber müssen Mitglied ihrer freien gewerkschaftlichen Berufs-Organisation werden, damit derartige soziale Schäden beseitigt werden.

Ein schlechtes Weihnachtsgeschenk für die Geschäftsleute.

Die Bekanntmachung des Magistrats, die bei 5 Uhr-Ladenschluß vorschreibt und die Beleuchtung der Schaufenster verbietet, ist gerade in der Zeit des erhöhten Geschäftsbetriebes von tiefeinschneidester Bedeutung. Ob diese Art der Lösung der Kohlenkalamität die glücklichste ist, mag dahin gestellt bleiben. Man kann sich des Gefühles nicht erwehren, daß hier etwas faul ist. Das Opfer, das in diesem Falle gebracht werden muß, wird sehr einseitig und schwer, in eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammengedrängt, nur von den Geschäftsleuten getragen. Hätte sich wirklich nicht eine gerade für diese Zeit weniger drückende Lösung finden lassen?

Eine Woche für Ausstellung guter Bücher.

Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft veranstaltet vom 11. bis 14. Dezember im Festsaal der Martinischule (Charlottenstraße) zur Bekämpfung der Schundliteratur eine Ausstellung von guter Literatur. Sie ist gleichzeitig als ein Weihnachtsmarkt gedacht, auf denen die Eltern für ihre Kinder, aber auch für Erwachsene geeignete Bücher sich aussuchen können. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von nachmittags 3—9 Uhr. Die Ausstellung ist mit folgenden Veranstaltungen verknüpft: Am 11. Dezember wird Frl. Irma Grawi vom Stadttheater lustige Märchen vortragen. Am 12. wird Herr Willi Kunze über Tiere und Menschen manches Ergötzliche und Unterhaltende berichten. Am 13. wird die den Kindern aus Halle so vertraute Märchenerzählerin Frl. Käthe Weber Kinder- und Hausmärchen mit Lichtbildern vortragen. Der Eintrittspreis kostet für jedes Kind nur 20 Pfg. und für alle drei Verführungen 50 Pfg. Für Erwachsene finden am 11., 12., 13. und 14. Dezember Vorträge mit Vorführungen statt. Und zwar beginnen diese um 7 Uhr. Nur der Sonntags-Vortrag um 5 Uhr. Am 11. Dezember spricht Herr Mittelschullehrer Vogelpohl über: Der Kampf um das gute Buch. Am 12. werden Frl. Hedwig Jonas und E. Müller-Lützen aus guten Büchern in Reim und Prosa vortragen. Der Sonnabend ist dem guten Kinderbilderbuch gewidmet. Frl. Manz wird mittels Lichtbildern, dieses so wichtige Gebiet beleuchten. Am 14. spricht Herr Mittelschullehrer Thielsen über: Der gute Wandschmuck. Einzelkarten kosten 1 Mk., Dauerkarten für alle vier Vorträge 3 Mk. Für Bundesmitglieder ist der Eintrittspreis ermäßigt.

Halle als besonders teurer Ort anerkannt.

Die Regierung hat nunmehr zugestimmt, daß Halle aus der Klasse der teuren Orte in die „Klasse der besonders teuren Orte" versetzt wird. Das hat zur Folge, daß die Teuerungszulagen der Reichs- und Staatsbeamten eine Erhöhung erfahren.

Die Erhöhung erhält bis zu einem bestimmten Zeitpunkt — näheres läßt sich im Augenblick noch nicht mitteilen — rückwirkende Kraft.

Zucker als Weihnachtsgabe für unsere Hausfrauen.

Die Ausgabe von Sonderzuckerkarten aus Ersparnissen des Kommunalverbandes findet in der Woche vom 8. bis 13. Dezember zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Diese Zuckermarken berechtigen zur Entnahme von 500 Gramm Zucker. Jeder Haushalt erhält soviel Marken, als auf seinem Lebensmittelschein Haushaltsangehörige verzeichnet sind. Anspruch auf Belieferung mit Ersparnissucker haben nur diejenigen Einwohner, welche am 8. Dezember d. Js. in Halle ihren ständigen Wohnsitz hatten. Besuchsweise sich auf-

Weihnachts-Geschenke

Kleider- und Blusenstoffe in Wolle und Seide.
Mäntel, Kostüme, Kleider.
Blusen, Röcke, Morgenröcke, Unterröcke,
Bekleidung für Knaben und Mädchen.
Gardinen Wäsche.

Bruno Freytag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0005

haltende Personen sowie Militärpersonen haben auf die Versorgung mit Ersparnisseuder keinen Anspruch. Die Ersparnisseuckermarken sind auf Anordnung der Provinzialzuckerstelle bis zum 31. Dezember 1919 gültig.

Winterbeihilfe für Kriegshinterbliebene.

Zur Linderung der herrschenden Notlage sind vom Reich Mittel in beschränktem Umfange zur Gewährung von Winterbeihilfen an bedürftige Kriegshinterbliebene zur Verfügung gestellt worden. Hinterbliebene, deren Rente schon festgesetzt ist und die sich in Notlage befinden, wollen Anträge auf Gewährung dieser Beihilfe bei der amtlichen Fürsorgestelle, Städt. Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Kl. Steinstr. 8, III, Zimmer 128, werktäglich von 8½ bis 12½ Uhr vormittags stellen und zwar Empfangsberechtigte mit den Anfangsbuchstaben: A—C Mittwoch, den 10. Dezember, D—F Donnerstag, den 11. Dezember, G, J Freitag, den 12. Dezember, H Sonnabend, den 13. Dezember, K, L Montag, den 15. Dezember, M—O Dienstag, den 16. Dezember, P—R Mittwoch den 17. Dezember, S, Sp., St. Donnerstag, den 18. Dezember, Sch. Freitag, den 19. Dezember, T—Z Sonnabend, den 20. Dezember.

Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen.

Wie die „P. P. N." von zuständiger Seite erfahren, geht der Erlaß der Anordnung betr. die Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen unmittelbar bevor.

---

* **Das Aufwerten der Zinsen** bei der Spar-Prämienanleihe hat vielfach in der Presse zu Erörterungen Anlaß gegeben. Mancher denkt daß er seine Zinsen so auch selbst aufwerten könne. Indem er sie bei der Bank lasse und so auch in den Genuß der Zinseszinsen gelangen könne, die in 20 oder 30 Jahren zu einem stattlichen Sümmchen anwachsen. Aber die meisten befinden sich da in einer etwas Selbsttäuschung. Wenn sie ganz reblich gegen sich selbst wären so würden sie eingestehen, daß sie die Zinsen ihrer Kriegsanleihe und sonstiger Effekten tatsächlich nicht aufgewertet, sondern abgebohen und verbraucht haben. Die Zinsen haben sich in Butter und Eier, oder auch in minder nützliche Dinge verwandelt: und bei verbrauchten Zinsen natürlich von einem Sparen und erst recht von Zinseszinsen nicht mehr die Rede sein. Wer ernstlich gewillt ist, zu sparen, der muß sich freiwillig einem gewissen Zwange unterwerfen, wie dies es zum Beispiel bei der Lebensversicherung der Fall ist. Eine Art Versicherung stellt auch die Spar-Prämienanleihe dar. Auch der Besitzer von Spar-Prämienanleihe unterwirft sich freiwillig einem Zwange, da die 5 Prozent betragenden Zinsen aufbewahrt, zum Kapital geschlagen und erst mit diesem bei der Auslosung des Stückes ausgezahlt werden. Der Sparsame wird aber in diesem Falle außerdem durch verschiedene, in der Presse bereits vielfach behandelte Steuervergünstigungen belohnt. Endlich kann er sein Kapital auch durch Gewinn vermehren . . . denn die Gewinnaussichten bei der Prämienanleihe sind außerordentlich günstige: es werden alljährlich 5000 Gewinne im Gesamtbetrage von 50 Millionen Mark verlost. Die Gesamtzahl der Gewinne und der als Bonus bezeichneten Sonderverlosungen beträgt 58 Prozent aller Spar-Prämienstücke.

Festgenommene Diebesbande. In den letzten Tagen sind von der hiesigen Kriminalpolizei mehrere Mitglieder einer äußerst gefährlichen Diebesbande ermittelt und festgenommen worden. Bisher konnten ihnen etwa 30 Einbrüche in Schuhwaren-, Schneider- und Zigarrengeschäften und in Wohnungen in hiesiger Stadt nachgewiesen werden. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde wieder herbeigeschafft. Als die Einbrecher vor einiger Zeit in der Osendorfer Straße von einem Polizeibeamten bei einem Diebstahl überrascht wurden, haben sie den Beamten heftig beschossen. Außerdem hat der Raubüberfall auf den Kassenboten in der Hagenstraße seine Aufklärung gefunden. Die Festgenommenen kommen als Mittäter in Frage.

Einbrüche. Gestern nachmittag wurde in eine Wohnung in der Wörnerstraße eingebrochen und ein Sparkassenbuch über 1300 Mark, eine Herrenuhr, zwei Trauringe und etwa 350 Mk. Geld gestohlen. Der Täter ist unerkannt entkommen. — In letzter Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Alten Promenade, durch Einschlagen der Ladenfensterscheibe, eingebrochen. Es wurden für etwa 100 Mk. Zigaretten gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Festgenommener Stoffschwindler. Festgenommen wurde ein Stoffschwindler, der sich Techniker Karl Rehlet aus Markirch i. Elsß. nannte. Er führt einen gefälschten Personalausweis der Stadt Köln bei sich. In zwei Fällen hat er hier Geschäftsleuten unter Vorlegung von Stoffproben vorgeschwindelt, er könne größere Posten davon, die ein englischer Offizier in einer hiesigen Kaserne habe, verkaufen. Einen Käufer nahm er mit nach der Kaserne, verstand es dort, sich 1250 Mk. aushändigen zu lassen und flüchtete hierauf, konnte aber festgenommen werden. Im anderen Falle, der längere Zeit zurückliegt, fielen ihm 900 Mark in die Hände. Er hat bereits zugegeben, in Paderborn, Bielefeld und in Münster i. W. ähnliche Betrügereien ausgeführt zu haben. Es ist aber anzunehmen, daß er noch in anderen Städten Gastrollen gegeben hat.

* **Städt. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen.** Der Unterricht beginnt wieder am 8. Januar 1920, morgens 8 Uhr.

* **Bund der Auslandsdeutschen.** Die weiteren Anmeldungen zur Weihnachtsfeier am 20. Dezember, müssen spätestens bis zum 14. Dezember mit genauer Angabe der Personen und Kinderzahl, persönlich beim Schriftwart der Ortsgruppe, Herrn W. Finde, Magdeburger Str. 26, I, vormittags, vorliegen werden.

Die §§ 12 und 15 der Verordnung vom 3. Sept. 1919.

Von Erich Rudolph.

Es wird für jeden Anngestellten von Interesse sein, zu wissen, welche Sicherungen ihm die Neuerung gegen drohende Erwerbslosigkeit gegeben hat. Aber eben davon, daß bereits auf Grund der Stillungsverordnung vom 30. Mai zur Verordnung vom 24. Januar 1919 die Angestellten-Ausschüsse bei voraussehenden Kündigungen zu betragen und daß den Angestellten-Ausschüssen Einspruchsrechte gegen Kündigungen zugebilligt waren. Lässt die neue Verordnung vom 3. September d. J. Entlassungen vorläufig überhaupt nicht zu. Denn nach § 12 dieser Verordnung dürfen Entlassungen nur dann vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit nicht unter 24 Stunden herabgesetzt zu werden. Allerdings zeigt sich im nächsten Satz des § ein Haken, nämlich der, daß bei Herabsetzung der Arbeitszeit eine Kürzung des Gehaltes von dem Zeitpunkt an eintreten kann, an dem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer im Falle des Fehlens vorstehender Vorschrift nach den gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen zulässig wäre. Das heißt also: Würde einem Angestellten am 15. November vertragsmäßig gekündigt werden können, falle der § 12 der Verordnung fehlte, so könnte vom 1. Januar 1920 an eine Gehaltskürzung eintreten. Diese Kürzung vermag unter Umständen auf die peinvollste Lage des betr. Angestellten von einschneidender Bedeutung sein. In diesem Falle ist es dann Pflicht eines jeden Angestellten, sich sofort an seine Organisation zu wenden und diese zu beauftragen, mit dem Geschäftsinhaber in Verhandlung zu treten, damit der ihm unter normalen Verhältnissen zugebilligte Gehaltsanspruch wieder zuerkannt wird. Denn die im jetzt gültigen Ortstarif festgesetzten Gehaltssätze sind wahrlich nicht derartig hoch, daß auch nur ein einziger der hallischen Angestellten damit Selbe spinnen könnte. Und es würde wohl eines dringenden Appells an das soziale Empfinden der Herren Chefs bedürfen, um das Eintreten einer Gehaltskürzung zu verhindern. Sollte dieser Appell vergeblich oder das gewisse soziale Empfinden nicht vorhanden sein, so werden Mittel und Wege gefunden werden, um einen jeden Geschäftsinhaber deutlich vor Augen zu führen daß in derzeiger Zeit jeder Opfer tragen muß. Derjenige, der die meisten Opfer getragen hat, ist letzten Endes doch nur der Arbeitnehmer gewesen, der aus seinem Erwerbsleben durch den Krieg herausgerissen ist und während des ganzen Krieges und auch heute noch gewungen ist, seine Ersparnisse anzugreifen, vorausgesetzt, daß er heute überhaupt noch solche hat. Sollten nun Verhandlungen zwischen Organisation und Arbeitgeber bezw. Abstandnahme von der Kündigung ohne Erfolg sein, so wird die Angestelltenheit dem Demobilmachungsausschuß übergeben. Dieser hat laut § 17 der Verordnung vom 28. März d. J. das Recht, den in Betracht kommenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern die erforderlichen Auskunftspflichten aufzuerlegen. Es hat demnach jeder Unternehmer dem Demobilmachungsausschuß Auskunft zu geben über die finanzielle und sonstige Lage seines Betriebes. Im Falle der Unwahrscheinlichkeit der Angaben kann eine Kommission zur Einsichtnahme in die Bücher eingesetzt werden. Für die § 1. Ziff. erwerbslosen Arbeitnehmer ist der § 15 der Verordnung vom 3. September 1919 von wesentlichem Interesse. Nach diesen Paragraphen sind die Demobilmachungsausschüsse befugt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Büros, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder 10 Angestellte beschäftigen, oder die erst seit dem 1. August 1914 entstanden oder wesentlich verändert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern oder reichsdeutschen Zivilinternierten zu verpflichten. Der Beschluß des Demobilmachungsausschusses ist unwiderruflich. Solchen Arbeitgebern gegenüber, die freiwillig und ohne sonstige Veränderung des Betriebes oder Büros ihren Bestand an Arbeitnehmern vom 1. September 1919 um fünf vom Hundert durch Arbeitnehmer erhöhen. Diese Vorschrift bedeutet den Einstellungswang und wir sehen bereits im Geiste die Kämpfe der Arbeitgeber gegen diesen Durchführung. Aber auch hier muß eben das soziale Empfinden ausschlaggebend sein und es wird sich hoffentlich jeder Unternehmer beeilen, die Einstellungen freiwillig vorzunehmen, um den Ruhm als sozial denkender Mensch für sich in Anspruch zu nehmen. Sollte es nun tatsächlich solche Betriebsinhaber geben, die nicht derart ruhmsüchtig sind, dann muß allerdings der Demobilmachungsausschuß sein Machtwort sprechen. Die Verpflichtung darf jedoch jeweilig nur für drei Monate ausgesprochen werden. Dieser Punkt ist aber nicht allzu wichtig. Die Hauptsache ist doch nur die, daß jedem Arbeitnehmer über die schwere Winterzeit hinweggeholfen wird, und wenn ein Angestellter sich erst wieder in Stellung befindet, dann wird er auch bemüht sein, sich durch Strebsamkeit und Fleiß, dieselbe zu erhalten. Und letzten Endes kann der Demobilmachungsausschuß ein weiteres Verbleiben in der Stellung anordnen da in Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmer wiederum der Genehmigung der Demobilmachungsausschüsse bedürfen. Auf Körperschaften des öffentlichen Rechts, das heißt also, auf Behörden, finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung. Und das ist so auch nicht nötig, denn wie kann man St. Bürokratismus zumuten er müsse auch ein sozialempfindendes Herz haben, wie kann man überhaupt von ihm verlangen, daß die vorjährige Revolution einen Eindruck auf ihn gemacht hat? Er hat immer noch den alten Zopf, den er vor etlichen hundert Jahren trug. Oh es nicht Mittel gibt, die alte Perücke herunterzuholen?

Der Killian-Prozeß.

23. Verhandlungstag.

Die Zeugenvernehmung geht weiter. Als erster Zeuge wird der Kaufmann Broskowski vernommen. Er gibt eine ausführliche Schilderung über die Plünderung seines Geschäftshauses.

Angell: Killian: Ich stehe mit diesen Plünderungen nicht im geringsten Zusammenhang und es wundert mich daher, daß in letzter Stunde ein Zeuge mit solchen Aussagen auf den Plan tritt. Ich habe daher das Gefühl einer Stimmungsmache.

Zeuge Henne: Ein Telegramm des Reichswehrministers an den S.-Rat, nachdem ich bereits betraut wurde, ist mir nicht zugegangen.

Zeuge Hartung will genau wissen, daß Henne das Telegramm erhielt und es Melebera ausgehändigt hat.

Zeuge Klaus: Ich hörte sogar, wie Henne das Telegramm vorlas.

Zeuge Lanzer: Ich war auch in der Hand in der Matrosenkompagnie, habe aber nichts von dem Telegramm gehört.

Zeuge Henne: Man schickt jetzt alles auf Melebera, der schon tot ist.

Angell: Mir scheint es, als ob Hartung, Klaus und Lanzer Gelegenheit hätten, sich zu verständigen.

Zeuge Henne: Die Befehle, die an den S.-Rat gingen, habe ich alle erhalten. — Ich habe beobachtet, als Klaus bei der Schröderschen Bank durch eine Seitentür eindringen wollte.

Zeuge Ernst Waldheim: Ich war Mitglied des A.-Rates. Ich bin an einem Januarsonntag im „Wettiner Hof" gewesen. Dort sah ich 10 bis 15 Arbeiter aus Nietleben. Später sah ich wieder noch Leute, ohne das sich etwas ereignet hätte.

Zeuge Weidner: Am „Wettiner Hof" sind etwa 150 Arbeiter aus Nietleben gewesen. Man erwartete damals einen Angriff der Artillerie.

Zeuge Seupt sagt an, am 12. Januar im „Wettiner Hof" gewesen zu sein. Von Schießereien habe er nichts gehört. Ich sah 15—20 Mann, die mir als Arbeiter aus Nietleben bekannt waren.

Zeuge Stuk: Von Arbeitern die am 12. Januar im „Wettiner Hof" gewesen sein sollen, weiß ich nichts. Es ist mir auch nicht bekannt, daß Melebera von Forchlandt 14 Tage Urlaub erhalten haben soll. Daß an 30 Zivilisten Waffen ausgehändigt wurden, habe ich gesehen.

Zeuge Hanelt: Weder im A.-Rat noch im S.-Rat bestand der Plan, dem Einrücken General Maerckers Widerstand zu leisten. Von Waffenlieferungen an die Nietlebener Arbeiter weiß ich nichts.

Zeugin Krämer, die angebliche Geliebte des Zeugen Weider gibt an, es sei letzter Tage von drei Mitgliedern der U. S. P. zu einer Aussage gegen Weider beredet worden. Sie sagt aus, daß ihr die großen Geldsummen auffielen, die sich Anfang des Jahres in Weiders Besitz fanden.

Zeuge Weider: Diese Gelder habe ich bei meinen Geschäften herausgeschlagen. Im übrigen verbitte ich mir die Fragen des Verteidigers über meine Geschäfte.

Es werden darauf die drei Mitglieder der U. S. P. vernommen, die die Zeugin Krämer beeinflußt haben sollen. Sie geben an, daß sie im Auftrag der Unabhängigen Partei handelten. Das gibt Veranlassung einen der Zeugen sofort zu verhaften.

Nächste Sitzung Dienstag früh in Zimmer Nr. 42. Es beginnen dann die Plaidoyers.

Aus der Provinz.

Gen. Hörsing Oberpräsident unserer Provinz.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ist, nachdem der Posten ein halbes Jahr unbesetzt geblieben ist, der bisherige Staatskommissar für Oberschlesien Genosse Hörsing ernannt worden.

Weißenfels. Sitzung des Gewerkschaftskartells. Zunächst verlas der Vorsitzende ein vom Bezirksarbeiterrat in Merseburg eingegangenes Schreiben, in dem es unter Hinweis darauf, daß in den Gemeinden ohne sozialistische Mehrheit die Arbeiterräte aufgehoben werden, als die Pflicht der revolutionären Arbeiterschaft bezeichnet wurde, aus sich selbst heraus Mittel aufzubringen, um das Rätesystem so aufzubauen, wie es es wünscht. Zu diesem Zwecke solle jeder Arbeiter im Monat eine der für finanzielle Unterstützung der Rätebestrebungen verausgabten 20-Pfennig-Marken kleben. Die ausgedehnte Debatte hierüber zeitigte ein lebhaftes Für und Wider die obli-

---

Die Hülle.

9) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.
(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

Die Hülle des Rockes ist gefallen, die Frau ist wieder das geworden, was sie war. Nein! nein! sie ist eine andere. Weil ich ein Fleckchen ihres verdotenen Fleisches wahrgenommen habe, bin ich auf der Lauer nach diesem Fleische. Und ich stehe da in dem Schattengewoge, das unsere beiden Zimmer zusammenschmilzt.

Sie hat das Kleid hochgehoben, sie hat die große, einfache Bewegung vollendet, die die Männer anbeten gleich einem Gegenstand der Religion, die die Männer erbetteln, selbst gegen alle Hoffnung, selbst gegen alle Vernunft. Sie hat die blendend und wieder von Blendung verhüllte Bewegung vollendet. Wiederum geht sie auf und ab, und jetzt ist das Geräusch ihrer Röcke ein Flügelschlagen, das mich im Innersten betrifft.

Mein Blick stößt ihr mädchenhaftes Gesicht, auf dem das zerstreute Lächeln erstarrt ist, verdammend zurück. Der Blick will ihre Seele und ihre Gedanken zurückstoßen, er will alles das gewaltsam vergessen, und er reißt nur ihre Gestalt an sich, und er begehrt nur ihr Fleisch und Blut. Der Blick ist wie das Feuer, das auf sie einströmt und sie nicht mehr losläßt. Aber meine Blicke können nur zu ihren Füßen niederfallen und nur schwach ihr Kleid aufhaschen, ebenso wie die Flammen im Kamin, die prächtigen, bettelnden Flammen, die aufgerüttelten Flammen, die zerfetzten, die zum Himmel rieselnden Flammen.

Endlich hat sie sich über und über gezeigt. Um den Schuh auszuziehen, hat sie die Beine sehr hoch gekreuzt, und sie hat mir den Abgrund ihres Körpers dargeboten.

Sie ließ mich ihren feinen Fuß sehen, der von dem glänzenden Stiefel eingeschnürt war, und in dem strumpfeten Seidenstrumpf ruhte ihr zartes Knie, und ihre rundlich aufgeblühte Wade wurde wie ein vollendetes Kruggefäß auf der beweglichen Anmut der Fußknöchel getragen. Oberhalb der Kniebeuge, an der Stelle, wo der Strumpf in einen weichwolligen Kelch ausmündete, wurde vielleicht ein wenig des lauteren Fleisches sichtbar. Bei der zerstreuten Finsternis und dem kriechend kräuselnden Schimmer des Holzkohlen, der auf die Frau eindrang, konnte ich die Wäsche nicht von der Haut unterscheiden. War es das zarte Gewebe der Unterkleider? War es das Fleisch selbst? War es nichts? War es alles? Meine Blicke wollten dem Schatten und der Flamme diese Nacktheit streitig machen. Ich preßte die Stirne gegen die Mauer; ich rieb die Brust an der Mauer; ich stemmte die Handflächen mit Sturmeisen gegen die Mauer, um das Mauerwerk niederzureißen und es zu durchdringen. Ich marterte mir die Augen aus vor dieser Ungewißheit, und ich versuchte, besser zu sehen und mehr zu sehen, sei es nun mit Hinterlist oder mit Gewalt.

Und ich wollte eintauchen in die große Nacht ihres Wesens, die unter der sanften, warmen, schreckliche Flügelverhüllung ihres aufgerafften Kleides lag. Die Spitzenhosen öffneten sich in einem weiten, düsteren Spalt, der voll von Schatten war. Und dorthin stürzten sich meine Blicke, und sie wurden toll. Und meine Augen besahen nun fast, was sie begehrten, in diesem Schatten, der nun aufgeschlossen war, in diesem entblößten Schatten, dort mitten im Mittelpunkt ihres Wesens, dort im Mittelpunkt ihres windbindenden Gewandes, das schwadenleicht war und von ihr duftete. Fast war es eine Weihrauchwolke, die sich dort um den Mittelpunkt ihres Körpers schlängelte, dort in diesem düsteren Grunde; fast war es wie eine Frucht, was dorten lag.

Eine Weile lang war es so. Ich war an die Mauer gerecht vor dieser Frau, die eben Furcht vor ihrem eigenen Widerschein gehabt hatte; aber jetzt hielt sie sich in der vollkommenen Keuschheit ihrer Einsamkeit, als wenn sie sich an den Blicken eines Mannes scheuerte, der vor ihr wartend lag. Lauter war sie, und dennoch entschleierte sie sich, dennoch schonte sie sich, ihre Schönheit erstickt sich trotzdem.

Das Flammenspielen im Kamin erlosch. Als sie sich wetter auskleidete, bemerkte ich fast nichts mehr. In der Nacht sollte dieses unsichtbare Fest zwischen ihr und mir vor sich gehen. Ich sah die Bewegungen dieser hohen, verschwindenden, mitleidlosen Gestalt in ihrer fast erloschenen Schönheit; sanft waren sie und umrauscht von seinem, fließendem, lauem Geruchsel. Ich sah das ernsthafte Ausholen ihrer Arme, die sich mit wundervoller Schwimmerbewegung zuneigten; geschmeidig waren ihre Arme; ich wußte, daß sie nackt waren. Was ja in einem feinen, seidigen Häuslein leicht und langsam auf das Bett niederglitt, das war die Bluse, die ihren Hals sachte umschloß und ihre Taille fest einschnürte. Der wollige Rock wurde aufgeknotet, und er floß zu ihren Füßen nieder, und sie wurde ganz hell und sehr bleich inmitten der Finsternistiefe. Es beduldete mich, sie löse sich von diesem verweikten Kleide los, das, losgebunden von ihr, ein Nichts war; und ich unterschied die Gestalt ihrer beiden Beine.

Ich glaubte es vielleicht, denn meine Augen dienten mir fast nicht mehr. Blind war ich geworden, nicht nur, weil das Licht fehlte, sondern auch durch die düstere Frohn meines Herzens, durch das Gepoche meines Lebens, durch alle Finsternisse meines Blutes. Es waren nicht meine Augen nur, die ihrer Gestalt nachhetzten, mein Schatten war es vielmehr, welcher sich an den ihrigen anklammerte.

Ein Schrei überschüttete mich ganz und gar: der Grund ihres Leibes!

Ihres Leibes Grund! Was bedeuteten ihr Busen und ihre Beine! Darum bekümmerte ich mich so wenig, wie um ihre Gedanken und um ihr Gesicht, die schon aus meiner Aufmerksamkeit ausgeschaltet waren. Den Grund ihres Leibes, das begehrte ich, das versuchte ich zu erreichen wie das ewige Heil. Meine Blicke, die von meinen zuckenden Händen eine Last scharfspähender Kraft einheimsten, meine Blicke, die schwer waren wie des Fleisches Last, brauchten den Grund ihres Leibes. Immer, trotz aller Gesetze und Gewänder, kriecht und krampft der Blick des Mannes nach dem Weibteil des Weibes, er kriecht wie ein Tier nach seiner Grube.

Sie war für mich nicht mehr als nur dieses Teil. Sie war nur noch die mysteriensschwere Wunde, die sich wie ein Mund erschloß, die gleich einem Herzen blutete und schwang wie eine Harfe. Und von ihr strömte ein Duft aus, der mich durchströmte. Es war nicht mehr der künstliche Duft, der ihre Kleidung durchtränkte, und in dem sie sich kleidete; es war der abgrundtiefe, wilde, weite, unendliche Duft ihres eigenen Wesens, der vergiften werden wurde dem Duft des Meeres. Es war der Duft ihrer Einsamkeit, ihrer erhitzten Wesenheit, ihrer Liebesfähigkeit es war das Geheimnis ihres Innersten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0006

gatorische Einführung dieser Markenabnahme. Die Mehrheit sprach sich dagegen aus, den Gewerkschaften in dieser Hinsicht einen Zwang aufzuerlegen. Ein Metallarbeiter teilte hierbei mit, daß die Arbeiter des Leunawerks gar nicht erst gefragt würden, ob sie Marken zugunsten der Rätebestrebungen kleben wollen, sondern es würden ihnen wöchentlich 10 Pfennig für diesen Zweck vom Lohne abgezogen. In der Angelegenheit des früheren Arbeitersekretärs Gen. Gebhardt lag ein Schreiben des Vereins „Arbeiterpresse" vor, dessen Vorstand sich einstimmig dahin ausgesprochen hat, daß dem Gen. Gebhardt noch das Gehalt für ein Vierteljahr sowie sämtliche während des Krieges gemachten Abzüge nachzuzahlen sind. Der Kartellvorsitzende nannte diesen Beschluß ein einseitiges Urteil, das ohne Kenntnisnahme der vollständigen Akten gefällt worden sei. Der Vorstand des Kartells habe dem Verein „Arbeiterpresse" mitgeteilt, daß er dessen Auffassung nicht beitreten könne, einem Vermittelungsvorschlag aber nicht abgeneigt sei, eine angemessene Abfindungssumme zu zahlen. Eine längere Aussprache rief die Erörterung des Kartellregulativs hervor, von dem eine Neuauflage gedruckt werden soll. Gen. Seidel von der Malergewerkschaft und die Genossen Zühlke und Grünberger vom Angestelltenverband sprachen sich gegen die Beibehaltung des Satzes aus, welcher besagt, daß die Delegierten Leser des „Volksblattes" sein sollen. Während einige Delegierte statt dessen das Abonnement auf den unabhängigen „Volksboten" festgelegt haben wollten, entschied sich die Mehrheit für die Aufhebung des betreffenden Satzes. In dem hiernach erstatteten Kassenbericht über die vom Kartell veranstaltete Gedächtnisfeier, für die Opfer des Weltkrieges, standen einer Einnahme von 465,10 Mk. Ausgaben in Höhe von 811,70 Mk. gegenüber. Vom Sekretär des Arbeiterrates Ritschke lag das Ersuchen um Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe vor. Seine Besoldung, die von seiten der Stadt erfolgt, beträgt wöchentlich 100 Mark. Das Kartell beschließt, ihm hierzu eine monatliche Beihilfe von 100 Mark zu bewilligen, die ihm solange gezahlt werden soll, wie er die Obliegenheiten des verwaisten Arbeitersekretärs erledigt. Der Kartellvorstand wurde angewiesen, beim Magistrat darauf zu drängen, daß die Arbeitersekretariatsangelegenheit nunmehr geregelt werde, damit die Arbeiterschaft endlich wieder diese Institution erhalte, die sie gewöhnt ist, da das Sekretariat, dessen Kommunalisierung vor 6 Monaten schon beantragt worden ist, auch der Landbevölkerung dienen soll, war der Landkreis um einen Zuschuß angegangen worden. Jedoch ohne Erfolg, was bei der Verständnislosigkeit des reaktionären Landrats für solche sozialen Einrichtungen auch kaum anders zu erwarten war. Damit auch diese Sitzung nicht ohne parteipolitische Anrempelung vorübergehe, versuchte der „unabhängig orientierte" Schriftführer den verhaßten Mehrheitssozialisten Hiebe zu versetzen, die aber von einem geistig so kraftlosen Kämpen niemand weh taten. Er beklagte das Vertrauen, welches in so hohem Maße „von den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dem Mehrheitssozialisten Piek entgegengebracht werde. Es wäre notwendig, eine andere Stelle zu schaffen, wo diese Hilfsbedürftigen sich Rat und Auskunft holen könnten. Da Piek und Konsorten mit dem Bürgertum verfilzt wären, sei ein unheilvoller Einfluß auf den Ausgang der kommenden Wahlen zu befürchten. Zwischen Mehrheitssozialisten und Bürgerlichen kenne er überhaupt keinen Unterschied mehr. Unsere Genossen quittierten die Hiebe mit vergnügten Gesichtern. Zum Schluß wurde wieder eine Reihe von Grenzstreitigkeiten, besonders zwischen Metallarbeitern und Eisenbahnern, ausgetragen.

Aus aller Welt.

Prag. Schweres Eisenbahnunglück. Ein nach Prag fahrender Schnellzug stieß abends vor der Station Celakowitz auf einen aus der Gegenrichtung kommenden Personenzug. 61 Personen wurden schwer verletzt.

Der Berliner Matrosenmord vor Gericht.

Wer ist der Schuldige an der Erschießung der 32 Matrosen, der kleine Leutnant auf der Anklagebank oder die gewichtige Person des Oberst Reinhard am Zeugentisch? Das eigentlich ist die Frage, um die sich die Verhandlung dreht. Hat Marloh auf eigene Faust gehandelt oder befolgte er ausdrücklich Weisungen seines Vorgesetzten, als er die Erschießung vornahm? — Am Freitag hat die Sache eine Reinhard schwer belastende Wendung genommen! Der Pfarrer Dr. Rump, nebenbei ein ganz engagierter Deutschnationaler, hat Befehle Reinhards verlesen die Marloh tatsächlich zur Vornahme von Massenerschießungen auffordern. „Und wenn Oberst Reinhard mit Engelszungen redet, so steht für mich unverrückbar fest, daß 150 Menschen erschossen werden sollten." So wörtlich Pfarrer Rump. Sehr belastend für Reinhard ist auch das Verschwinden des ursprünglichen wahrheitsgetreuen Tatberichtes Marlohs aus den Akten, weil er für die Vorgesetzten belastend war. So viel steht jedenfalls fest, daß auf den Prozeß Marloh, wie er auch ausfällt, ein Prozeß Reinhard folgen muß. Marloh ist sicher persönlich nicht schuldlos, aber er darf auch nicht Reinhards Sündenbock werden.

Nach Beginn des dritten Verhandlungstages wurde zunächst der bekannte Deutschnationale Pfarrer Rump als Zeuge vernommen. Er gab an, daß er wegen Blättermeldungen beunruhigt, Marloh eines Tages zum Abendessen eingeladen habe, um näheres über die Vorgänge in der Französischen Straße zu erfahren. Darauf teilte ihm Wehmeier mit, daß Marloh nicht in Berlin sei und er seinen Aufenthalt nicht verraten dürfe. Schlecht könne es ihm nicht gehen, da er durch Befehle seiner Vorgesetzten gedeckt sei. Pfarrer Rump erklärte weiter: Den betr. Befehl hatte Wehmeier Marloh im Auftrage des Oberst Reinhard überbracht. Er lautete: Oberst Reinhard ist wütend, daß Marloh gegen die 300 Gefangenen zu schlapp vorgegangen ist. Er solle erschießen, was er könne, und wenn es 150 Mann seien. Oberst Reinhard weiß auch nicht wo er mit den ganzen Leuten hin soll. Der erste Tatbericht wurde von Marloh im Beisein des Staatsanwalts Zumbroich geschrieben. Unter dem Drucke seiner Vorgesetzten mußte er dann unter den Augen des Hauptmanns v. Kessel einen zweiten Bericht aufsetzen, von dem Marloh wörtlich gesagt hat, daß darin die Wahrheit sehr stark frisiert worden sei. Nachdem Marloh auf seine „vaterländischen" Pflichten hingewiesen worden war, mußte er im Beisein Reinhards noch einen dritten Tatbericht schreiben, bei dem die Wahrheit noch ärger zugestutzt wurde. Bei der Festlegung dieses Berichts sagte Marloh zu Reinhard: „Das ist eine große Lumperei, aber ich tue es im vaterländischen Interesse. Reinhard erklärte dazu, die Sache sei ohne Bedeutung. Wehmeier will von Reinhard gehört haben, daß Hindenburg Marloh gelobt und die Matrosenerschießung gutgeheißen habe. Reinhard hat ferner zu Marloh gesagt: „Sie dürfen mich nicht als ihre Befehlsstelle hinstellen, die Sache muß geschickt gedreht werden. Er verlas hierauf den ersten Befehl Reinhard-Schröter. Er lautet: Oberst Reinhard ist sehr aufgebracht, daß Sie so schlapp vorgehen. Sie sollen ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen und möglichst viele Matrosen erschießen. In Moabit ist für soviel Gefangene noch keine Unterbringung vorhanden. Marloh fragte den Befehlsüberbringer ob er verrückt sei, er könne doch nicht 150 Matrosen erschießen lassen. Er schritt jedoch dann zur Musterung der Gefangenen und ließ die Erschießung vornehmen. Mitte Mai wurde der Druck der Vorgesetzten auf Marloh immer stärker, sie wollten ihn veranlassen zu fliehen und die ganze Schuld auf sich zu nehmen. Marloh weigerte sich aber nach wie vor dringend, Berlin zu verlassen. Da kam der Artikel in der „Freiheit": „Gute Zeiten für Mörder". Marloh wurde dadurch furchtbar erregt. Jedoch nur in der Richtung, daß er wahrnahm, er könne nicht mehr auf den Schutz seiner Vorgesetzten rechnen, und er als Mörder gekennzeichnet wurde. Wir überlegten nun, was zu tun sei. Ich erwog Dalldorf (Irrenanstalt) und brachte auch weiter in Vorschlag, Marloh durch den Kriegsgerichtsrat Dr. Mayer in Schutzhaft nehmen zu lassen. Da trat ein wahrer Hexensabbat in meiner Wohnung ein. Das Telephon läutete dauernd, und fortwährend kamen Leute, die nach Marloh fragten. Weiter erschienen zwei Kameraden, die Marloh warnen wollten, denn Marlohs Verhaftung sei in den nächsten Tagen zu erwarten. Er solle sich auf keinen Fall verhaften lassen, man wolle ihn beseitigen. Hauptmann v. Kessel kam dann zwecks einer Unterredung zu mir und nahm mir das Versprechen ab, Tatsache und Inhalt der Unterredung zu verschweigen. Kessel erklärte dann, den Dienstauftrag zu haben, bei mir anzufragen, wie es mit dem Geisteszustand Marlohs bestellt sei. Kessel sagte dann etwa folgendes: Wenn Marloh nicht die Schuld auf sich nimmt, so verliert er nicht nur die Achtung der Offiziere, sondern er büßt auch die Sympathie der ordnungsliebenden Bevölkerung ein. In den zahllosen Unterredungen, die ich mit der Gegenseite hatte, ist nie ein Vorwurf gegen Marloh erhoben worden, weil er die Matrosen hat erschießen lassen, sondern über seinen „Wahrheitsfimmel" und daß er nicht 150 hat erschießen lassen hat man ihm zum Vorwurf gemacht. Und wenn Oberst Reinhard mit Engelszungen redete, er kann mich nicht von der Ueberzeugung bringen, daß er die feste Absicht besessen hat, 150 Mann erschießen zu lassen. Kessel wurde dann immer dringender und sagte, die Untersuchung sei mit allen Mitteln in die Länge gezogen worden, nicht — wie der Zeuge hinzufügt — vom Kriegsgerichtsrat Dr. Mayer, sondern von der anderen Seite. Das ginge nicht länger und die Verhandlung stehe bevor, es sei also die höchste Zeit, daß Marloh verschwinde. Im weiteren Verlaufe dieser Unterredung erklärte er noch, daß später für Marloh eine restlose Rehabilitierung erfolgen würde, so daß er Offizier bleiben könne.

Kessel erklärte weiter, wenn Marloh nicht fliehe, so müsse Reinhard und er fliehen. Marloh sei einmal Krüppel und könne sich opfern. Als mir Kessel dann erklärte, daß wir in wenigen Tagen eine unabhängige Regierung haben würden und Marloh an die Wand gestellt würde, verhalf ich ihm zur Flucht.

Im Anschluß an die Vernehmung des Pfarrers Rump wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, die teils zu den Regierungstruppen, teils zu den am 11. März verhafteten Matrosen gehörten. Die Matrosen erzählen mehr oder minder tragische Episoden, die sich bei dem schrecklichen Vorgang abspielten.

Bemerkenswert war die Aussage des Zeugen Kerbik, der mit seinem Sohne zusammen bei der Volksmarinedivision diente. Sein Sohn warnte ihn am 11. März hinzugehen, denn er hätte gehört, daß alle Matrosen, die zum Appell kämen, „gekitscht" würden. Trotz der Warnung an seinen Vater ging der Sohn selber hin. Bald darauf wurde der Vater benachrichtigt, daß die Leiche seines Sohnes im Leichenschauhause sei. Mit Entrüstung erzählt er, daß sein Sohn nicht erschossen worden, sondern buchstäblich bestialisch zerrissen worden sein müsse. Die Augen waren ihm ausgestochen, die Zähne eingeschlagen, er lag wie eine Rolle zusammengekrümmt. Das wenige Haar, das noch am halben Kopf vorhanden war, war schneeweiß. Das Portemonnaie war von dem Ausschußweit wie mit heißem Wasser verbrüht.

Den Höhepunkt der Vernehmung dieser Zeugen bildete jedoch die Aussage des Kaufmanns Hugo Lewin, der mit erschossen werden sollte, aber es einem glücklichen Zufall zu danken hatte, daß er mit dem Leben davonkam. Unter allgemeiner Spannung und sich steigernder Erregung gab er eine erschütternde Darstellung. Er erzählte: Wir wurden hintereinander zum Erschießen auf den Hof geführt. In der Mitte desselben angelangt, sahen wir, was uns bevorstand. Es erhob sich ein großes Gejammer und wir beteuerten unsere Unschuld, aber es half nichts. Es wurde eine Salve abgegeben, der rasendes Schnellfeuer folgte. Ich fiel vornüber in den Kopf getroffen und blieb in einer Mauernische liegen. Mein Kopf war zunächst noch ganz klar, so daß ich alles hören und sehen konnte. Vor mir im Keller fing ein wahnsinniges Schreien an. Ich hörte Leute sagen, der lebt da noch, der lebt auch, der zweite bewegt sich noch. Nach jedem dieser Rufe ertönte dann ein Schuß, und nun wurde es totenstill. Ich blieb zunächst ruhig liegen und ging dann langsam über den Hof in eine Parterrewohnung. Da kamen acht Unteroffiziere und riefen mir zu: Sofort raus, als ich nicht ging, wurde ich hinausgeschleift. Ich erhielt dann aber einen Kopfverband und wurde nach Moabit gebracht, wo ich auf dem Korridor Oberst Reinhard begegnete. Als er fragte, wer ich sei, wurde ihm bedeutet, ich sei ein Ueberlebender von den Matrosen. „Dann muß auch er erschossen werden", waren die Worte des Oberst Reinhard. (Große Entrüstung im Zuhörerraum.) Ich kam nach dem Zellengefängnis, von wo ich dann bald entlassen wurde. Im Anschluß daran wurde die Vernehmung des Pfarrers Rump fortgesetzt. Dabei kam es zu fortgesetzten Zusammenstößen. — Zeuge: Am 16. November hatte ich eine Unterredung mit dem Hauptmann v. Kessel: dabei hat er mir eine einzig dastehende Mitteilung gemacht: Er sagte mir nämlich, daß von einflußreichen Leuten auf die Mitglieder des Medizinalkollegiums in der Richtung eingewirkt worden sei, Marloh als geisteskrank zu erklären. Rechtsanwalt Grünspach: Ich bin überzeugt, daß kein Wort davon wahr ist, was v. Kessel sagte. — Vors.: Herr v. Kessel, wollen Sie Ihre Aussage verweigern? Ich will Ihnen eine goldene Brücke bauen, da hier eine schwere Beleidigung des Medizinalkollegiums vorliegt. Auf Vorhaltungen des Rechtsanwalts Grünspach gibt Kessel zu, daß er vielleicht irgendeine ähnliche Bemerkung machte. Pfarrer Rump macht dann noch Mitteilung von einer Unterhaltung mit Kessel am [illegible], bei der es sich darum handelte, die Adresse des Leutnants Schröder herauszubekommen. Kessel soll ihm dabei gesagt haben, Leutnant Schröder ist und bleibt unauffindbar. Von da an wußten wir, daß wir mißbraucht werden sollten. Als v. Kessel meine und des Leutnants Wehmeier Aussagen erfuhr, da sagte er mir: Eigentlich ist es nachgerade Zeit, die Akten zu klauen, aber wir wollen warten, bis sie dicker sind. Kessel will nur solche Aeußerungen im Scherz gesagt haben. Leutnant Wehmeier bestätigt indessen die Aeußerung betreffs des Aktenklauens und erklärt, sie nicht als Scherz, sondern als Ernst gehalten zu haben. Leutnant Wehmeier bekundet dann weiter, daß er v. Kessel erzählt habe, er habe es vorgezogen, nicht alles zu beschwören. Kessel erwiderte ihm darauf: das verstehe ich nicht. Manches in meiner Aussage ist auch nicht zutreffend und ich habe es beschworen. Wir müssen hier ja doch lügen. Nach der Behauptung v. Kessels wurde eine halbe Million für Marloh gefordert, ferner Beförderung über die Grenze, Haltung für das Leben, Mittel zu seiner Rehabilitierung und Vermeidung eines neuen Haftbefehls. Der nächste Zeuge, Hauptmann Gentner sagt aus, daß Marloh, als er ihn vor den Erschießungen warnte, ihm erklärte, ich habe neue bindende Befehle, schade daß Sie hinzugekommen sind, ich hätte sonst 150 erschossen. — Unter den nächsten Zeugen ist Leutnant Penther wieder eine bemerkenswerte Erscheinung. Auch er hielt die Situation in der Französischen Straße für sehr gefährlich und meinte, die ganzen Truppen hätten leicht abgemurkst werden können, aber die Kerle wären zu feige gewesen. — Vors.: Was haben Sie gesagt, als Sie gefragt wurden, ob Sie die Erschießung vornehmen wollten? — Zeuge: „Selbstverständlich, herzlich gern." — Vors.: Sie wollen sagen, wenn es befohlen wird? — Zeuge: Nein, herzlich gern. Es waren vaterlandslose Gesellen und Ueberläufer zum Feinde, das sind Verbrecher. — Der Kriminaloberwachtmeister Kirschbaum bekundet sodann, daß Kessel an ihn in dem Sinne herangetreten sei, gegen Zahlung von 5000 Mark die ganze Schuld an dem Vorfall auf sich zu nehmen und die Flucht zu ergreifen. was

Kleines Feuilleton.

Die Hoffnung.

So ist's mit allen Hoffnungen. Sie geben den vollen Akkord an, damit er sich nachher breche und in unerwartet sanfte Gänge der Melodie auflöse. Ich bin also nicht der Meinung jener Philosophen, die die Hoffnung aus der Welt verbannt wissen wollten: dies müßte eigentlich uns der Tor sagen. Der Einrichtung unserer Natur nach ist sie uns eine unentbehrliche Leiterin durchs Leben, und gewiß gibt's Menschen, die sagen können, daß sie nie ganz vergebens gehofft haben. Nur lasse man sich's gefallen, daß uns die Rechnung nicht immer in ganzen Stücken und auf einmal, sondern abschläglich und auch in Münze bezahlt wird. Die Zinsen der Verzögerung kommen dabei ganz gewiß in Anschlag.

Herder
(Postscenien zur Geschichte der Menschheit „Vom Wissen und Ahnen").

Am Fernsprecher.

Plauderei von Friedrich Huth.

Er: Hallo!
Sie: Bist du es, Hans?
Er: Jawohl, ich bin's — Also, wie ist es heute? 8 Uhr bei —
Sie: Höre, Hans, ich kann heut nicht kommen — es regnet so sehr, und ich habe keinen Schirm.
Er: Ich weiß schon — du meinst den Schirm mit der Elfenbeinkrücke, den du bei Lachmann im Schaufenster gesehen hast. Es ist ja bald Weihnachten. — —
Sie: Jawohl, und bis Weihnachten soll ich im Regen und Schnee herumlaufen und mir einen Schnupfen holen.
Er: Armes Kind! Ich merke sogar, daß du schon jetzt verschnupft bist.
Sie: Knauser! Was mache ich denn nun?
Er: Du brauchst nicht zu kommen.
Sie: Wie?
Er: Du brauchst nicht zu kommen.
Sie: Warum denn nicht?
Er: Weil ich zu euch komme.
Sie: Das ist nett von dir, Hans.
Er: Wie geht es deinem Papa?
Sie: Heute wieder ganz gut; er raucht sein Pfeifchen, liest die Zeitung und ist ganz Feuer und Flamme für die neue Lotterie.
Er: Welche Lotterie denn?
Sie: Na, hast du denn das große Inserat in der Zeitung nicht gelesen?
Er: Welches Inserat.
Sie: Von der Prämien-Lotterie.
Er: Du meinst von der Prämien-Anleihe.
Sie: Ich denke, es ist eine Lotterie. Vater meint, man könne einen Haufen Geld dabei gewinnen — z. B. in einem Jahr gleich zwei Millionen.
Er: Kann man auch — das heißt, wenn man nicht solch ein Pech —
Das Telephonfräulein: Sprechen Sie noch?
Sie: Na, selbstverständlich — ich spreche doch mit meinem Bräutigam — das dauert immer etwas länglich.
Er: Mein Fräulein vom Amt, haben Sie keinen Bräutigam?
Das Telephonfräulein: Leider noch nicht. Sind Sie noch zu haben?
Er: Schon besetzt! Mein aufrichtigstes Beileid! Lassen Sie sich zu Weihnachten einen Hampelmann schenken. —
Sie: Bist du noch da, Hans?
Er: Jawohl, wir wurden getrennt. — Also, ich bin ein Pechvogel; aber man muß doch dem Glück die Hand bieten.
Sie: Willst du denn in der Prämienlotterie spielen?
Er: Ich sage dir doch: es ist keine Lotterie.
Sie: Also in der Prämienanleihe.
Er: Du meinst Spar-Prämienanleihe! Jawohl, ich will für 10 000 Mark Spar-Prämienanleihe kaufen.
Sie: Du brauchst das Wort „Spar" gar nicht so zu betonen; ich weiß schon, daß du mir den Schirm nicht kaufen willst.
Er: Aber selbstverständlich, liebes Kind — sobald ich den Bonus erhalte, bekommst du den Schirm.
Sie: Was für 'n Ding?
Er: Den Bonus.
Sie: Was ist denn das?
Er: Das ist ein neues Glücksschweinchen aus Marzipan: Erbervers Deutsches Reichspatent.
Sie: Was hat denn das mit der Prämiensparlotterie zu tun?
Er: Du meinst Spar-Prämienanleihe.
Sie: Also gut: mit der Spar-Prämienanleihe.
Er: Das will ich dir heute abend erzählen. Einstweilen schreibe zehnmal den Satz: Die Spar-Prämienanleihe ist eine Einrichtung, die sparsamen Leuten Prämien zahlt und 2 500 000 Glücksschweinchen, genannt Bonus, zur Welt bringt.
Sie: Das ist mir zu lang.
Er: Dann also kürzer: Seid sparsam und heiratet!
Sie: Das gefällt mir schon besser. Aber wann?
Er: Auf Ehre: Unter dem Weihnachtsbaum.
Sie: Du lieber Hans!
Das Telephonfräulein: Sprechen Sie noch.
Er: „Noch" ist gut gesagt. Noch bis Weihnachten. Dann habe ich nichts mehr zu sagen.
Das Telephonfräulein: Wieso denn?
Er: Wieso? Ich heirate — Schluß!

Walhalla-Theater.

„Eva, das Fabrikmädel" von Dr. A. Willner und Rob. Bodanky. Musik von Franz Lehár. Inhaltlich, im Grunde ihres Herzens, gleichen sich alle Operetten. — Das heißt — man bekommt weder Grund noch Herz zu sehen. Man bleibt in ihnen immer auf der Oberfläche des Lebens. Bei leichtem Flitterkram und leichtem Leben.— Und wenn man wirklich einen Blick hinter die dünnen Kleidchen tut — es ist nicht allzu schwer —, um auf das Herz zu kommen, so sieht man, daß es nicht lebenswichtiges Körperorgan ist, sondern daß es, am Schnürchen gehalten, auf Kommando lachen oder — sentimental sein kann.

Und wie am Schnürchen spielt sich auch die Geschichte der „Eva" ab. Es ist wirklich eine uralte Geschichte und die Darstellung, daß Treue und Untreue, Lachen und Weinen, sich in zwei Hochzeiten auflösen, erübrigen es, hier zu erzählen, wie das kam.

Die Musik ist ein wenig daneben gegriffen, was sich nur so erklären läßt, daß die Lehárs und anderen Operettenkomponisten unter der Textunterlagenauswahl auch einmal einen Fehlgriff tun, wie andere Sterbliche im Bücherladen. Unter Parade- und Trauermärschen kommen nur einzelne Stellen der Partitur wirklich zur Geltung.

Die Darsteller retten aus dem Ganzen, was zu retten ist. Um diese Ehrenrettung verdienen sich besonders Gustav Bertram, Georg Krönlein und die Damen Elle Dina und Manny Peter.

Stadttheater. Heute, Montag, gelangt das Singspiel „Hannerl" zur Aufführung. Dienstag, Anfang 7 Uhr, „Don Carlos". Mittwoch „Der arme Heinrich". Donnerstag „Der Tod des Empedokles". Freitag „Das Dorf ohne Glocke". Sonnabend „Carmen". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der [illegible]", abends „Das Christelflein".

Im Landesverein für Vorgeschichte hält Herr Professor Dr. Hahne, Direktor des Provinzialmuseums, heute, Montag abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Kunstgewerbeschule, Eingang Gutjahrstraße, einen Vortrag über „Vorzeit und Gegenwart" mit Lichtbildern. Nichtmitglieder 50 Pfg. Eintritt. Siehe Anzeige.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0007

er aber abgelehnt habe. v. Kessel behauptet demgegenüber, daß diese Idee nicht von ihm ausgegangen sei. Damit war im wesentlichen die Zeugenvernehmung für Sonnabend beendet.

Gewerkschaftliches.

Zentrale Tarifverhandlungen in der Schuhindustrie.

Am 30. und 31. Oktober fanden in Frankfurt a. M. zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zentrale Verhandlungen über den für die Schuhindustrie geltenden Reichstarif für Zivilschuhwerk statt, die eine Revision des Vertrages, sowie eine Erhöhung der Arbeitslöhne bezweckten. Nach eingehenden schwierigen Verhandlungen wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Der bisherige Kriegszuschlag von 20 Prozent und die Teuerungszulage wird auf den Mindestortsstundenlohn aufgerechnet und der so gestaltete Lohn dann für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren um 35 Proz. und bei denen über 18 Jahre um 40 Proz. erhöht. Die neuen Mindestortsstundenlöhne sind folgende:

Jahre	5. Klasse ml.	5. Klasse wl.	4. Klasse ml.	4. Klasse wl.	3. Klasse ml.	3. Klasse wl.	2. Klasse ml.	2. Klasse wl.	1. Klasse ml.	1. Klasse wl.
15–16 .	0.77	0.60	0.82	0.65	0.87	0.70	0,92	0.75	0,97	0.80
16–18 .	1.10	0.85	1.17	0.92	1.23	0.99	1.30	1.05	1.37	1,12
18–21 .	1,56	1.22	1,64	1.30	1.73	1.39	1,82	1.47	1,90	[illegible]
über 21 .	2,02	1.61	2,11	1.59	2.19	1.68	2,28	1.76	2,36	1.85

Der Mindestwochenlohn im Zeitlohn beträgt:

Jahre	5. Klasse ml.	5. Klasse wl.	4. Klasse ml.	4. Klasse wl.	3. Klasse ml.	3. Klasse wl.	2. Klasse ml.	2. Klasse wl.	1. Klasse ml.	1. Klasse wl.
13–16 .	36.19	28.20	38.54	30,55	40.89	32,90	43,24	35,25	45.39	37.60
16–18 .	51 70	39,95	54,99	43.24	57.81	46.53	61.10	49.35	64.39	52.61
18–21 .	73,32	57,35	77.08	61,10	81,31	65,35	85.54	69.09	89.30	73.32
über 21 .	94,94	70,97	99,17	74.73	102,93	78,96	107.16	82,72	110,92	86,95

Auf diese Mindestzeitlöhne kommt bei männlichen Akkordarbeitern ein Akkordzuschlag von 20 Proz., bei weiblichen von 10 Proz.

Die bisherige Kinderzulage von 1 Mk. pro Woche für jedes erwerbslose Kind unter 15 Jahren bleibt bestehen.

Die Akkordsätze für die einzelnen Teilarbeiten sind [illegible] entsprechend zu erhöhen und bis spätestens zum 31. Dezember d. J. umzurechnen. In den Fällen, wo der bisherige Verdienst den neuen Mindestlohn bereits erreicht oder überschreitet, muß eine Lohnerhöhung von mindestens 5 Proz. eintreten, sofern nicht auf Grund des § 5, Abs. b, des Reichstarifvertrages für leistungsfähigere Arbeiter eine weitere Lohnerhöhung Platz greift.

Die neuen Löhne müssen in der ersten Novemberlohnwoche erstmalig zur Auszahlung gelangen.

Das sind die wichtigsten Aenderungen des Reichstarifvertrages.

Den Fabrikanten wird außerdem durch ihre Verbände empfohlen, sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe je nach Alter und Ortsklasse in der Höhe von 80 bis 200 Mk., sowie für jedes Kind in allen Ortsklassen 30 Mk. zu gewähren.

Bis zu 18 Jahren wird die auszuzahlende Summe dem Vater oder Vormund ausgehändigt.

In besonderen Fällen kann diese Wirtschaftsbeihilfe auch in Raten ausgezahlt werden.

Der nächste Verbandstag des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands findet vom 26. April 1920 ab im „Volkshause“ in Leipzig statt.

Lohnerhöhung in der oberschlesischen Großindustrie.

Von den Organisationsvertretern der vier in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationsrichtungen war Ende Oktober dem Arbeitgeberverband ein Gesuch um Lohnerhöhung von 30 Prozent überreicht worden. Begründet wurde diese Forderung mit den dauernd gestiegenen Preisen für alle Bedarfsartikel, die insbesondere den Familien mit zahlreicher Kinderschar eine weitere Existenz unmöglich machten. Im Verfolg dieser Forderung fand nun am Dienstag, den 2. Dezember, eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband statt, die folgendes Ergebnis zeitigte:

Es erhalten alle Arbeiter unter Tage 4,60 Mk; alle Arbeiter über Tage über 25 Jahre alt 4,20 Mk; alle Arbeiter über Tage vom 20. bis 25. Jahre 3,30 Mk.; alle Arbeiter über 18 bis 20 Jahre 2,65 Mk; alle Arbeiter über Tage von 16 bis 18 Jahren 2 Mk.; jugendliche Arbeiter unter Tage bis 16 Jahre 1,60 Mk.; jugendliche Arbeiter über Tage bis 16 Jahre 1 Mk. Frauen erhalten in allen Altersklassen die Hälfte dieser Erhöhungen.

Ferner haben die Organisationsvertreter bei dem Arbeitgeberband einen Tarifvertragsentwurf eingereicht, über den die Verhandlungen in dieser Woche beginnen sollen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein schöner Erfolg der beteiligten Gewerkschaften und doppelt wertvoll, weil er ohne Kampf erreicht wurde. Es ist aber auch zugleich ein Beweis dafür, daß nur starke und geschlossene Organisationen den Erfolg verbürgen.

Literatur.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Aus dem Inhalt: Nr. 44: Dr. O. Kürten: „Ausbau des statistischen Verwaltungsdienstes; Lebrecht Migge: Von der kommunalen Gemeindepolitik zur Agrarwirtschaft. Nr. 45: Dr. R. Kuczynski: Die deutsche Finanznot und ihre Bedeutung für die Gemeinden. — Z.: Preisprüfung und Wucherbekämpfung. Die Eignung der Zeitschrift als Nachschlagewerk wird erhöht durch die den Abhandlungen beigefügten Literaturnachweise.

„Sturmvögel der Revolution“ und **„Der 9. November“**, zwei Denkschriften zum Jahrestage der Revolution veröffentlicht unser Parteiverlag die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68. — Die „Sturmvögel von Adolf Braun sind dokumentarische Beweise, daß nicht die „Unabhängigen“ allein, wie sie behaupten, den nahen Umsturz erwarteten und gefördert haben, sondern daß insbesondere die Presse der sozialdemokratischen Partei den nahen Ausbruch der Revolution verkündet, sogar begrüßt habe. Der Genosse Stampfer gibt in seinen Gedenkblättern „Der 9 November“, gestützt zum Teil auf Wahrnehmungen, zum Teil auf Berichte anderer unmittelbar Beteiligten, eine ausführliche Darstellung der Ereignisse des 9. Nov., die viel neues noch unbekanntes Material enthält. Beide Broschüren kosten je 1.— Mark.

„Das Recht der Uebergangszeit“ von Gerichtsassessor Dr. Flatow, Referat im Reichsarbeitsministerium. Führer mit vollem Gesetzestext nach dem Stande vom 1. Oktober 1919. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis 5 Mark. — Dem kürzlich erschienenen Führer, der über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Uebergangszeit wie Mieterschutz, Schuldnerschutz, besonders zu Gunsten der Kriegsteilnehmer, Anstellungszwang der Arbeiter, Angestellten und Kriegsbeschädigten, Erwerbslosenfürsorge, Landarbeiterrecht, Tarifvertrag, Schlichtungswesen usw. in äußerst umfangreicher und populärer Weise orientiert, folgt jetzt eine erweiterte Ausgabe, die auch den Gesetzeswortlaut aller besprochenen Gesetze enthält. In Anbetracht des billigen Preises kann die Anschaffung des Buches, das einen Ueberblick über die wichtigste sozialpolitische Gesetzgebung des ersten Jahres der Republik enthält, warm empfohlen werden.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Kunstausstellung!

Von tausenden Angehörigen der erwerbenden Stände ist mit Erstaunen aufgenommen worden, daß die Ausstellung täglich (mit Ausnahme der Sonntage) nur bis nachm. 4 Uhr geöffnet ist. Eine vollständige Ausschließung der Besucher, die den Arbeiter-, Privatangestellten- und Beamtenkreisen usw. angehören, ist doch wohl nicht beabsichtigt worden. Und deshalb muß Vorsorge getroffen werden, daß diese auch die Ausstellung in der Woche besuchen können, wie das wohl bei allen deutschen Ausstellungen bisher ermöglicht war. Also lasse man die Ausstellung bis abends etwa 8 Uhr geöffnet. Beleuchtungs- und Personalschwierigkeiten müssen in solchen Fällen überwunden werden und können es auch. Man wende nicht ein, für die fraglichen Leute (die eben nach vielen tausenden zählen) wäre ja der Sonntag da! Dagegen wäre verschiedenerlei einzuwenden, es soll aber nur eins hervorgehoben werden: Wer ein Gärtchen oder Stückchen Land sein eigen nennt, wird die einigermaßen milden Sonntage in diesem zubringen wollen, da wegen des zeitigen Eintritts des Frostes und Schnees so gut wie nichts für den Winter vorbereitet ist.

Ein Privatangestellter.

Und die von auswärts kommenden Besucher?

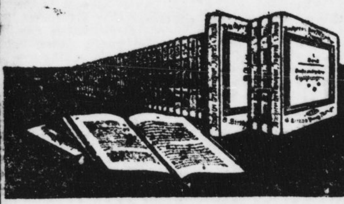
Die Kritik über das 3. Konzert im Stadttheater mußte wegen Raummangel zu morgen zurückgestellt werden.

Versammlungs-Kalender

Neumark. Für die Parteigenossen und Freunde unserer Partei von Lützkendorf, Kämmritz, Geiselröhlitz, Neumark, Benndorf, Körbisdorf, Nauendorf und Samsdorf findet morgen Dienstag, den 9. ds. Mts. abends 7 Uhr im Gasthof „Zur Linde“ in Neumark eine wichtige Versammlung statt, zu der wir hiermit freundlichst einladen.

DIE BÜCHEREI DER MÜNCHENER „JUGEND“

IST DIE BÜCHEREI DES ARBEITENDEN VOLKES!



Verkleinerte Abbildung des Umschlags.

Bis jetzt erschienen 10 Bände. Band 1: Ernste und heitere Erzählungen. Band 2: Bunte Skizzen. Band 3: Phantastische Geschichten. Band 4: Süddeutsche Erzählungen. Band 5: 300 „Jugend“-Witze. Band 6: Märchen für Erwachsene. Band 7: Liebesgeschichten. Band 8: Nordische Erzähler. Band 9: Dorfgeschichten. Band 10: Zeitgenössische Erzählerinnen.

ERNSTES :-: LUSTIGES :-: UNTERHALTUNG

JEDER BAND EINHEITLICH GEBUNDEN NUR 2,20 Mk.

Bei der Buchhandlung der „Volksstimme“ Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27, bestelle ich:

Exempl.:

—— Bd. 1: Ernste u. heitere Erzählungen
—— „ 2: Bunte Skizzen
—— „ 3: Phantastische Geschichten
—— „ 4: Süddeutsche Erzählungen
—— „ 5: 300 „Jugend“-Witze
—— „ 6: Märchen für Erwachsene
—— „ 7: Liebesgeschichten
—— „ 8: Nordische Erzähler
—— „ 9: Dorfgeschichten
—— „ 10: Zeitgenössische Erzählerinnen.

Die Bestellung kann der Botenfrau unserer Zeitung übergeben werden.

Name: ——————

——————

(Deutlich schreiben!)

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Keine Beleuchtung der Schaufenster.

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats, betr. die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 / 4. November 1915 und 6. Juni 1916, weiter auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für Gas und Elektrizität und der Bekanntmachung des Reichskanzlers für die Kohlenverteilung vom 16. Oktober 1917 wird mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten vom 28. November 1919 für den Stadtbezirk Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

Alle Verkaufsstellen dürfen an den Werktagen nur von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags für den Verkauf geöffnet sein. Geschäfte, die schon vor dem 1. Oktober 1917 den Handel mit Lebensmitteln vorwiegend betrieben haben, dürfen für den Verkauf bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein.

§ 2.

Fleischer- und Bäckerläden dürfen bereits um 7 Uhr vormittags für den Verkauf geöffnet sein.

§ 3.

Barbiere und Friseure dürfen die Räume zur Ausübung ihres Gewerbebetriebes um 8 Uhr vormittags öffnen und bis 7 Uhr, am Sonnabend bis 8 Uhr, offen halten.

§ 4.

An Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des 14. und 21. Dezember bleiben die Verkaufsstellen geschlossen. Lebensmittel-, Blumen-, Barbier- und Friseur- sowie Zeitungsverkaufsgeschäfte dürfen in den durch Polizeiverordnung vom 22. Oktober 1919 für Halle festgesetzten Stunden für den Verkauf oder zur Ausübung des Gewerbes geöffnet sein.

§ 5.

Die Beleuchtung der Schaufenster und Schaukästen ist verboten. Vor Eingängen ist sie nur zulässig, soweit die Verkehrssicherheit es erfordert.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung, die am 6. Dezember in Wirksamkeit tritt, werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark, soweit bei den Vorschriften der Vertrauensmann des Reichskommissars zuständig ist, mit der Entziehung von Gas und elektrischem Strom, im Wiederholungsfalle mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Halle, den 5. Dezember 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Ferien an den hiesigen städtischen höheren Schulen (Stadtgymnasium, Oberrealschule, Reformrealgymnasium sowie Lyzeum nebst Studienanstalt), Mittel- und Volksschulen sind durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf Grund des Erlasses des Herrn Unterrichtsministers vom 6. November 1913, U. III. A., 1603, I. U. III. usw. für das Schuljahr 1920/21 in folgender Weise festgesetzt worden:

Bezeichnung der Ferien	Dauer	Schluß des Unterrichts	Wiederbeginn des Unterrichts
Osterferien 1920	16 Tage	Sonnabend, 27. März	Dienstag, 13. April
Pfingstferien „	6 „	Freitag, 21. Mai	Freitag, 28. Mai
Sommerferien „	31 „	Freitag, 9. Juli	Dienstag, 10. August
Herbstferien „	14 „	Mittwoch, 29. Sept.	Donnerstag, 14. Okt.
Weihnachtsferien 1920	13 „	Mittwoch, 22. Dez. 1920	Mittwoch, 5. Jan. 1921
	80 Tage		

Schluß des Schuljahres 1920/21: Sonnabend, den 19. März 1921.

Halle, den 2. Dezember 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 1 der Bekanntmachung über die Bereitung von Kuchen vom 16. 12. 1915, R.-G.-Bl. S. 823, in gewerblichen Betrieben, insbesondere in Bäckereien, Konditoreien, Keks-, Zwieback- und Kuchenfabriken aller Art, in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Stadtküchen und Erfrischungsräumen, sowie in Vereinsräumen, die Bereitung von Backwaren in siedendem Fett, von Backwaren unter Verwendung von Mohn, von Baumkuchen, Kreme unter Verwendung von Eiweiß, Fett, Milch oder Sahne jeder Art, sowie von Fettkräukel verboten ist.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen, die nach § 8 aaO. mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis geahndet werden, werden unnachsichtlich zum Strafverfolg gebracht.

Halle, den 6. Dezember 1919. Die Polizeiverwaltung.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Roßfleisch- und Wurstkonserven in der Talamtschule am Dienstag, den 9. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 9000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 9001 bis 18 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte bis zu 2 Personen eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst, für weitere zwei Personen eines Haushaltes noch eine Einkilodose Roßfleisch oder Roßleberwurst zum Preise von 11 Mk. für die Einkilodose abgegeben werden. Außerdem steht in der Talamtschule Roßblutwurst in Einkilodosen zum Preise von 6 Mk. und in Zweikilodosen zum Preise von 11 Mk. freihändig zum Verkauf. Die Roßfleisch- und Roßwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 9. Dezember. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 71 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 444 des Warenbezugsscheines 27. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Dienstag, den 9. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1 bis 9000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 9001 bis 18 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es wird an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, ein Paket Kerzen zum Preise von 2,50 Mark abgegeben. Der neue Lebensmittelschein, in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 8. Dezember 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191208-11/fragment/page=0008